

III. LEGISLATURA
III. LEGISLATURPERIODE

SEDUTA 8^a_{te} SITZUNG
20-3-1957

INDICE - INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 3:

“Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1957”.

pag. 2

Gesetzentwurf Nr. 3:

“Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben der Region Trentino-Tiroler Etschland für das Finanzjahr 1957”.

Seite 2

Presidente: dott. REMO ALBERTINI

Vicepresidente: dott. SILVIUS MAGNAGO

Trento, 20-3-1957

Ore 9,40.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

TRENTIN (Segretario - D.C.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 14 marzo 1957.

TRENTIN (Segretario - D.C.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni sul verbale? Nessuna, si intende approvato. E' giunto alla Presidenza il disegno di legge di iniziativa consiliare, presentato il 16 marzo, riguardante i patronati dei lavoratori. E' iscritto a parlare il Presidente della Giunta Provinciale di Bolzano. Non ci sono altri iscritti.

PUPP: (Presidente G. P. Bolzano - S.V.P.): Sehr verehrte Kollegen! Wenn ich einige Worte zur heurigen Regionalbilanz sagen will, so wohl nicht deshalb, weil über die Bilanz bisher zu wenig gesprochen wurde — man denke nur an die 20 Sitzungen der Finanzkommission und an die zahlreichen Interventionen im Regionalrat von Räten, die bereits in der Kommission Stellung genommen haben — sondern weil es meine Pflicht als Präsident einer der beiden Provinzen ist, meine Ansichten über das Verhältnis Region — Provinz bekanntzugeben. Ich spreche hier in erster Linie im Namen der Provinz Bozen und bin überzeugt, dass mein ehrenwerter Kollege, der Präsident der Provinz Trient, mich in allen Forderungen unterstützen wird, die auch seine Provinz interessieren.

Ich will eingangs im besonderen betonen, dass die Region zweifellos für die Provinzen innerhalb dieser 8 Jahre manches geleistet hat, und hier sei besonders das Assessorat für öffentliche Arbeiten hervorgehoben, das unseren Gemeinden die Möglichkeit geboten hat, an dringenden öffentlichen Bauten, wie Schulhäusern, Wasserleitungen usw.

das nachzuholen, was in vielen, vielen Jahren versäumt wurde.

Herr RR. Ceccon nennt einen Teil dieser Arbeiten unproduktiv und daher nicht förderungswürdig. Ja, verlangt Herr Ceccon, dass unsere Bevölkerung weiterhin das Wasser aus einer Pfütze oder aus einem verschmutzten Bergbächlein trinken soll und sich dabei den schlimmsten Krankheiten aussetzt, oder verlangt er, dass wir unsere Jugend weiterhin in Baracken und unhygienischen Löchern in die Schule schicken sollen, wobei sie Gefahr läuft, schwere körperliche und seelische Schäden zu erleiden, oder verlangt er, dass unsere Dörfer und Städte ohne jede moderne Kanalisation weiterhin Herde ansteckender Krankheiten bleiben sollen, oder verlangt er, dass in den heutigen Zeiten des modernen Verkehrs die Autos gezwungen werden, schlechte Feldwege zu befahren, um unsere Städte und Dörfer zu erreichen, mit der Gewißheit, dass sie ein zweitesmal diese Gegenden nicht mehr aufsuchen werden? Hier ist die Region mit einem wohlüberlegten Programm tatkräftig eingeschritten und die Gelder, die hiefür ausgegeben wurden, sind bestens angelegt worden, und zwar zum Wohle aller Kategorien unserer Provinzen.

RR. Ceccon hat weiterhin mit wenig seriöser Ironie besonders die Förderung von Arbeiten für religiöse Vereine, Kirchen, Klöster usw. verworfen. Hier sind wir eben geteilter Meinung, Herr Ceccon. Sie fassen die Tätigkeit der Kirche, der Klöster und anderer religiöser Vereine als unproduktiv auf, während wir gerade in der heutigen Zeit die Arbeit dieser Institutionen als für die Sicherheit und das Wohl unserer Bevölkerung besonders produktiv ansehen. Freilich, klingende Münze wird das Ergebnis dieser Tätigkeit nicht sein, dafür aber die Anerkennung und der Dank der kommenden Generationen, weil wir dazu beigetragen haben, unser Volk vor dem geistigen und sittlichen Untergang zu bewahren.

Dass im Verhältnis Provinz-Region, was die Provinz Bozen anbelangt, noch vieles zu verbessern wäre, ist von unserer Gruppe eingangs der Debatte

mit aller Klarheit und Entschiedenheit dargelegt worden; daher ist ein weiteres Eingehen auf diesen Gegenstand nicht notwendig. Nur eine Bemerkung sei mir erlaubt: Wenn RR. Arbanasich der Ansicht ist, dass hinter unseren Forderungen andere verborgene Ziele zu suchen seien, so muss ich ihm antworten, dass dies falsch ist, denn unsere Gruppe verlangt nichts anderes als die strikte Anwendung des Gesetzes, sei es der Verfassung, wonach zum Schutze der Minderheiten besondere Gesetze zu erlassen sind, sei es des Autonomiestatuts, welches auch Forderungen zum Schutze der Volksgruppen enthält, die bisher noch nicht erfüllt wurden. Mit diesen unseren Forderungen stellen wir uns wohl ohne Zweifel auf den Standpunkt des Rechtes und Gesetzes und anerkennen damit die Zugehörigkeit zum italienischen Staat.

Zur Verwirklichung des Autonomiestatutes gehört ferner zweifellos auch die richtige Anwendung des Art. 70.

Der Art. 70 kann zweckmässigerweise in drei Teile geteilt werden. Der erste Teil handelt von der Verpflichtung der Region, den Provinzen die Mittel zur Verfügung zu stellen, die diese benötigen, um die vom Gesetz vorgesehenen Tätigkeiten auszuüben und die Provinzautonomie verwirklichen zu können. Der zweite Teil gibt an, woher die Region die Mittel hiezu nehmen soll; diese sind aus den Steuereingängen der Region zu beheben. Der dritte Teil gibt an, wie diese Mittel auf die Provinzen aufzuteilen sind; die von der Region zur Verfügung gestellte Summe wird auf die Provinzen im Verhältnis der in beiden Provinzen eingegangenen Steuern aufgeteilt.

Von diesen drei Punkten ist der dritte unbestritten; es ist nicht viel dazu zu sagen. Die Steuereingänge in beiden Provinzen lassen sich leicht ermitteln und es ist klar, dass die Verteilung der zur Verfügung stehenden Summe im Verhältnis dieser Eingänge erfolgen müsste.

Auch der zweite Punkt lässt wohl nur eine Deutung zu: es müssen alle direkten Regionalsteuern und alle der Region vom Staate überlassenen Steuern als im Art. 70 inbegriffen angesehen werden. Das sind die Steuereingänge laut Art. 63 und 64 des Autonomiestatuts, ferner die Steuereingänge laut Art. 59, Art. 61, Art. 62 und Art.

60, die letzteren ohne Monopol- und Lottoeingänge. Unmöglich kann die These vertreten werden, dass als Regionalsteuern, die laut Art. 70 die Grundlage für die Festsetzung der an die Provinzen zur Verteilung gelangenden Summe bilden, nur die in Art. 63 und 64 vorgesehenen Steuern zu verstehen sind; das wäre letztlich nur die Regionalsteuer auf die in der Region produzierte elektrische Energie. Diese These vertreten hiesse, den Zweck des Art. 70 vollauf verkennen; denn der Eingang aus der Steuer auf die Erzeugung der elektrischen Energie kann doch in kein Verhältnis zur wirtschaftlichen Lage einer Provinz gebracht werden. Man würde da zu einem ganz ungerechten Verteilungsschlüssel kommen. Denn ohne weiteres ist die Annahme möglich, dass die Menge der erzeugten elektrischen Energie in einer Provinz viel grösser ist als in der anderen, dass aber dabei die erste Provinz wirtschaftlich schlechter gestellt ist.

Die Steuereingänge der Region im Jahre 1956, die natürlich die Grundlage für das Jahr 1957 bilden müssen, belaufen sich wie folgt: 1. Regionalsteuereingänge aus der Produktion der elektrischen Energie (Art. 63 des Statuts und Regionalgesetze Nr. 1 vom 14-2-1949 und Nr. 14 vom 9-10-1953): Lire 550 Millionen; 2. Hypothekarsteuereingänge (Art. 59 des Statuts): Lire 350 Millionen; 3. Eingänge aus der Regierungssteuer auf elektrische Energie und Gas (Art. 62 des Statuts): Lire 400 Millionen; 4. neun Zehntel der Konzessionsgebühren für grosse Wasserableitungen (Art. 60 des Statuts): Lire 545 Millionen; 5. die laut Art. 60 des Statuts von der Region jährlich mit dem Staate vereinbarte Summe: Lire 3500 Millionen. Das sind insgesamt Lire 5.345 Millionen.

Es handelt sich nun um die Beantwortung der Frage: Welcher Prozentsatz dieser ganz netten Summe soll nun den beiden Provinzen überlassen werden? Soviel mir bekannt, sollen heuer nicht einmal 6% davon zur Verteilung gelangen, das sind ca. 300 Millionen Lire. Ich glaube, dass selbst Herr Regionalausschusspräsident Odorizzi bei näherer Prüfung dieser Zahlen doch zugeben muss, dass der Prozentsatz an sich äusserst gering ist. Etwas höher müsste sogar der Regionalausschuss den Wert der vom Gesetze vorgesehenen Tätigkeit der beiden Provinzen einschätzen. Der Art. 70 gibt

diesbezüglich einen Hinweis: die Bedürfnisse sind massgebend. Die Lösung scheint sehr einfach: die Provinzen weisen die für sie laut Autonomiestatut unbedingt erforderlichen Bedürfnisse nach, ferner ihre eigenen Einkünfte, und die Differenz müsste den Provinzen aus dem Regionalhaushalt zufließen. So einfach diese Lösung scheint, so schwierig ist ihre praktische Durchführung. Denn die wirtschaftliche Struktur und die damit zusammenhängenden Bedürfnisse beider Provinzen sind sehr verschieden und ändern sich zudem von Jahr zu Jahr. Es ergeben sich aus diesen Feststellungen zweifellos grosse Differenzen zwischen den beiden Provinzen selbst und Widersprüche mit dem dritten Teil des Art. 70, der die perzentuelle Aufteilung dieser Summe auf beide Provinzen nach den in jeder Provinz eingegangenen Steuern vorschreibt.

Um diese Schwierigkeiten zu beheben, gäbe es folgenden Ausweg: Der Regionalrat selbst setzt einen angemessenen fixen Prozentsatz für die Zuweisung der erforderlichen Mittel fest. Ich schlage für das Jahr 1957 einen Satz von 12% der Regionalsteuern vor, das sind ca. 600 Millionen Lire, also das Doppelte dessen, was in der Bilanz vorgesehen ist. Ich glaube, dass dieser Prozentsatz (und der entsprechende Betrag) vom Regionalrat ohne weiteres angenommen werden kann, auch weil er ein politisches Problem betrifft. Wenn es, wie gesagt wurde, notwendig ist, den Provinzen entgegenzukommen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die Autonomie zu verwirklichen, so ist es klar, dass der Regionalrat eine angemessene Entscheidung treffen muss unter Berücksichtigung der bereits erwähnten Bedürfnisse.

Um den Herren Regionalräten die Entscheidung über meinen Vorschlag, 12% der Regionalsteuern den Provinzen zur Verfügung zu stellen, zu erleichtern, möchte ich für die Provinz Bozen mit einigen Zahlen aufwarten.

Erwähnt werden soll vor allem, dass die Provinz Bozen — in der Provinz Trient bestehen andere Probleme von nicht geringerer Tragweite — in den Jahren 1949 bis 1956 1.100 Millionen Lire für die Rücksiedlung der abgewanderten Optanten ausgegeben hat, eine Summe, die eigentlich von Rechts wegen vom Staate hätte ausgegeben werden müssen. Also hat die Provinz jährlich 150 Millio-

nen Lire für den Staat ausgeben müssen. Alle Bemühungen, auf diesem Sektor einen Beitrag vom Staate zu erhalten, waren vergeblich, ich weiss auch nicht, ob jemals bei Besprechungen über den Art. 60 in Rom diesbezügliche Forderungen gestellt wurden.

Eine Tätigkeit, die in der Provinz Bozen auf Grund des Autonomiestatuts weitgehendst ausgebaut wurde und zum Teil schon durch Provinzgesetze geregelt ist, ist die Berufsschulung. Für die landwirtschaftliche männliche und weibliche Berufsschulung in Form von mehrmonatigen Kursen oder Abendkursen sieht die heurige Provinzbilanz nicht weniger als 71 Millionen Lire vor, für die handwerkliche Berufsschulung, die Spezialisierung und Fortbildung auf dem Gebiete des Gastgewerbes und Fremdenverkehrs ca. 80 Millionen Lire. Ausser für die Berufsschulung muss die Provinz auch für den Umbau der verschiedenen Schulgebäude Sorge tragen. So steht das neue Schulgebäude für die landwirtschaftliche Schulung in Dietenheim vor der Vollendung, während das Berufsschulgebäude von Bozen schon in Betrieb ist.

Neu zu erstellen sind eine Haushaltsschule in der Nähe Merans, für die die Summe von ca. 30 Millionen Lire erforderlich ist, und eine in der Nähe Brixens zu etwa 10 Millionen Lire. Für den Ausbau der Obst- und Weinbauschule in Lcifers ist ein Betrag von 60 Millionen Lire vorgesehen. Ferner müssen die Bauhandwerkerschulen mit einem Kostenaufwand von insgesamt 300 Millionen Lire, u. zw. für Meran 100 Millionen, für Schlanders 30, für Bruneck 120 und für Brixen 50 Millionen erstellt werden, sowie die dazugehörigen Schülerheime mit einem Aufwand von 200 Millionen Lire, u. zw. für Bozen 100, für Meran 60, für Brixen 20 und für Bruneck 15 Millionen. Andere Bauvorhaben, die laut Gesetz in die Zuständigkeit der Provinz fallen, jedoch auch in der heurigen Bilanz nicht berücksichtigt werden konnten, sind die Errichtung eines neuen Gebäudes für das Studienproveditorat für 60 Millionen Lire sowie den Bau der Geometerschule für 160 Millionen Lire.

Ebenso gross sind die Ausgaben der Provinz auf kulturellem und erzieherischem Gebiete. Für verschiedene Studien und Schulbeihilfen sind 62 Millionen Lire vorgesehen, für kulturelle Tätig-

keit Lire 81.500.000. Für die Wohnbauhilfe sind heuer 115 Millionen Lire vorgesehen, die Zahl der Gesuche ist jedoch 620, d. h. dass bei einem Wegfall von etwa 10% im ganzen ca. 300 Millionen Lire benötigt würden. Der Assessor für öffentliche Arbeiten hat heuer für den Strassenbau ein Minimalprogramm aufgestellt, von dem der Landesausschuss ihm 160 Millionen Lire streichen musste, weil die vorhandenen Bilanzmittel nicht mehr gestatteten.

Auch auf sozialem Gebiete sind die Ausgaben des Landes von Jahr zu Jahr gestiegen. Für die Betreuung der Geisteskranken wurden im Jahre 1949 Lire 34.032.201 ausgegeben, im Jahre 1955 Lire 123.829.110, im Jahre 1956 L. 179.460.802; für die Betreuung der unehelichen Kinder sind die entsprechenden Ziffern L. 16.866.905, L. 83.622.285 und L. 113.149.582; für die Betreuung der Blinden L. 1.343.659, L. 4.139.392 und L. 4.766.355; für das Hilfswerk Mutter und Kind L. 1.879.855, L. 14.836.127 und L. 16.765.071; für die Tuberkulosebekämpfung L. 7.448.740, L. 53.082.097 und L. 52.292.738; für die Betreuung der Taubstummen L. 1.354.121, L. 9.749.625 und L. 10.696.547; die Ausgaben für die Vor- und Nachbehandlung der Geisteskranken stiegen von L. 1.216.000 im Jahre 1955 auf L. 2.123.000 im Jahre 1956; die Ausgaben für die Betreuung der Gehirnkranke waren 1949: L. 39.300, 1955: L. 891.832 und 1956 L. 997.608; die Ausgaben für Krebsbekämpfung stiegen von L. 4.924.813 im Jahre 1955 auf L. 5.155.089 im Jahre 1956, die für die Bekämpfung der Kropfkrankheiten von L. 2.000.000 auf Lire 5.000.00; für Nachbehandlung der Kinderlähmung wurden ausgegeben 1949: L. 76.800, 1955: Lire 2.610.000 und 1956: L. 3.207.782; die Unterstützungen an besonders Bedürftige stiegen von L. 40.610.425 im Jahre 1955 auf L. 54.034.364 im Jahre 1956.

Diese wenigen Zahlen über die bisherige Tätigkeit dokumentieren bereits zur Genüge, dass die Provinz mit den eigenen Einnahmen nicht in der Lage ist, ihren zahlreichen und vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es bei den erwähnten kulturellen Sektoren darum geht, Abhilfe zu schaffen für das, was in den vergangenen 20 Jahren vernach-

lässigt oder zerstört wurde. Auch die Verdoppelung des Regionalbeitrages wird die Provinz immer noch in Schwierigkeiten lassen, wenn sie den gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen soll. Es ist daher unbedingt notwendig, den Provinzen die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie ihre Aufgaben im Rahmen der Autonomie auch tatsächlich erfüllen können, und ich bitte die Herren Regionalräte, meinem Vorschlag, die von der Region zur Verfügung zu stellende Quote in der Höhe von 12% der Steuereinnahmen festzusetzen, beizustimmen.

Noch ganz kurz muss ich zwei andere Probleme berühren, die von den Vorrednern aufgeworfen wurden: das Avisio-Werk und die Bahn Trient-Malè.

Zur Frage des Avisio-Kraftwerkes möchte ich folgendes sagen. Ich darf daran erinnern, dass der Präsident des Provinzausschusses von Trient, Dr. Rosa, und ich Mitglieder des Verwaltungsrates des Avisio-Werkes sind; in dieser meiner Eigenschaft habe ich einige Fragen an den Verwaltungsrat gerichtet, die mit gewissen Anspielungen des Herrn RR. Cecon zusammenhängen, u. zw. ob es richtig ist, auf den der Region zustehenden Prozentsatz (6%) der Einnahmen einschliesslich des Reservefonds zu verzichten. Es erhebt sich da die Frage, ob die beiden Vertreter der Region im Verwaltungsrat des Avisio-Werkes das Recht hatten, eine Entscheidung von solcher Tragweite zu treffen. Meiner Meinung nach steht diese Entscheidung nur dem Regionalrat zu. Dieses Jahr ist beschlossen worden, die entsprechende Quote der S.I.T. abzutreten, und was die Magnifica Comunità di Fiemme betrifft, so ist im Statut des Avisio-Werkes festgesetzt, dass sie berechtigt ist, die ihr zustehende Produktion an elektrischer Energie für eigene Rechnung zu verkaufen. Hinsichtlich desselben Rechtes, das der Region zusteht, ist zu sagen, dass die Region bisher nur eine provisorische Entscheidung getroffen hat, nämlich durch den Mund ihrer beiden Vertreter im Verwaltungsrat, die aus einigen grundsätzlichen Erwägungen heraus erfolgte, dass nämlich das Avisio-Werk noch nicht voll leistungsfähig ist, da die Maschinenanlagen für eine Probezeit von sechs Monaten in Betrieb sind und erst nach Ablauf dieser Frist das Werk als vollkommen betriebsfähig be-

zeichnet werden kann. Der Präsident des Regionalausschusses Odorizzi hat in diesem Zusammenhang erklärt, es handle sich nicht um eine Gesellschaft zu Gewinnzwecken, und ich bin damit einverstanden, möchte aber auf die Notwendigkeit hinweisen, eine Regelung zu finden, die eine klarere Stellungnahme ermöglicht. Abschliessend will ich nochmals betonen, dass meiner Meinung nach für Entscheidungen, die das Avisio-Werk betreffen, der Regionalrat und nur der Regionalrat zuständig ist.

Schliesslich will ich auch noch auf die leidige Frage der Trient-Malè-Bahn zu sprechen kommen. In der letzten Zeit ist sehr viel darüber diskutiert worden, ich habe aber nicht verstanden, was bei diesen Diskussionen Konkretes herausgekommen ist. Es handelt sich jedenfalls um eine Verpflichtung des Staates, im Rahmen der Region mit finanziellen Massnahmen einzugreifen, um gewisse Verluste zu decken. Zu dieser Abmachung zwischen Region und Staat ist zu sagen, dass sie auch die Lösung des Problems der Trient-Malè-Bahn betraf; daneben besteht jedoch ein besonderes Problem auch für die Provinz Bozen: und während die Regierung ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Trient-Malè-Bahn nachgekommen ist, tat sie nicht ein gleiches für die Provinz Bozen, wo die Bahnlinie Bruneck-Sand i. T. zum grossen Schaden der dortigen Bevölkerung ihren Betrieb einstellte. Zugunsten der Bahn Bruneck-Sand i. T. wäre auch anzuführen, dass sie eine Normalspur-, und nicht wie die Bahn Trient-Malè eine Schmalspurbahn ist. Ich glaube, dass der Regionalausschusspräsident Odorizzi und Assessor Berlanda hier intervenieren müssten, damit die Regierung ihren Verpflichtungen nachkommt, auch was die Provinz Bozen und im besonderen die Tauferer Bahn betrifft. Es ist behauptet worden, es handle sich hier um ein Defizit zwischen 50 und 60 Millionen. Diese Behauptung ist wohl schwer kontrollierbar; meiner Meinung nach dürfte das Defizit die 10 oder höchstens 15 Millionen jährlich nicht übersteigen. In jedem Falle handelt es sich dabei um eine Bahnlinie, die für das Tauferer Tal sowie für das Ahrntal und seine Nebentäler von grösstem Interesse ist, und aus diesem Grunde ist es notwendig, dass von seiten der Region die entsprechenden Schritte unternommen werden.

Zum Schluß meiner Ausführungen kommend, kann ich nicht umhin zu erklären, dass ich mit der Art und Weise nicht ganz einverstanden bin, in der die gesetzgebende Finanzkommission den Haushaltsplan diskutiert hat. Zwanzig Sitzungen, meine Herren, sind für die Debatte über den Bilanzentwurf zweifellos zu viel. Die Kommission hätte ihre Arbeiten beschleunigen und weniger Sitzungen abhalten sollen, diese dafür, anstatt 2-3 stündig, ganztägig. Schliesslich ist zu bedenken, dass diese Sitzungen der Region eine Menge Geld kosten, da die Mitglieder der Kommission für ihre Mühe bei den Kommissionssitzungen eigens entlohnt werden.

PRESIDENTE: C'è qualche Consigliere che vuole la tradizione?

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Traduzione!
(*si traduce*).

NARDIN (P.C.I.) Meno che alla Giunta Provinciale dove si lavora meno e si guadagna di più. Certe lezioni non le accettiamo dal Presidente della Giunta Provinciale di Bolzano, faccia i conti in tasca a lei!

PARIS (P.S.D.I.) Non venga qui a moralizzare!!

NARDIN (P.C.I.): Guardi quanto guadagna lei e quanto guadagnano gli altri, e faccia i conti, «povero» Presidente della Giunta Provinciale di Bolzano!

PRESIDENTE: Devo chiamare all'ordine.

NARDIN (P.C.I.) E' fatto personale raccontare certe cose!

MOLIGNONI (P.S.D.I.) Il Presidente della Commissione dica qualche cosa!

PRESIDENTE: Se lasciate parlare si può anche chiarire, devo richiamare all'ordine!

PARIS (P.S.D.I.) Invitiamo il Presidente ad intervenire!

PRESIDENTE: Ognuno può dire le sue ragioni, poi potete rispondere. Devo anche precisare che l'apprezzamento non era opportuno anche se fatto qui, devo dire che la Commissione è presieduta da un proprio Presidente che stabilisce l'ordine dei lavori; se potevano essere fatte osservazioni o apprezzamenti dovevano essere fatti

alla Presidenza e non in pubblico. Lasciamo perdere questa questione. Chi ha chiesto la parola?

MOLIGNONI (P.S.D.I.): C'era un'altra precisazione da fare, Presidente!

PRESIDENTE: Rimandiamo a dopo l'altra precisazione!

LORENZI (D.C.) In questa aula sono suonate delle critiche soprattutto sul modo di intervento dell'Assessorato dei lavori pubblici e dell'Assessorato delle attività sociali in relazione al bilancio; delle critiche sulla scarsa vitalità del nostro bilancio, che è stato definito addirittura un cadavere. E' stato ancora detto che il 43% degli interventi è stato dato ad istituzioni religiose e quindi si sono fatte pesanti e facili ironie su sussidi ad opere ed istituti cattolici. Inoltre si è criticato il pesante intervento dei lavori pubblici a Trento. A tutte queste critiche intendo rispondere, evitando però la polemica e cercando invece nell'intervento di documentare serenamente quello che effettivamente in questi otto anni è stato fatto a questo proposito. Prima di tutto un'osservazione di carattere generale. Si è detto più volte in questa aula che i lavori pubblici sono collegati e risolvono economicamente anche il settore del turismo, dell'agricoltura, e posso dirlo per prova e dati in questi 8 anni, soprattutto nel settore dell'assistenza. Detto questo mi fermo soprattutto a ribattere le critiche che prima ho esposto sulla scarsa vitalità di questo bilancio cadaverico, sugli interventi alle istituzioni religiose che dovrebbero salire al 43% e sugli interventi pesanti fatti a Trento. Anzitutto qui si è detto che l'Assessore ai lavori pubblici ed anche quello alle attività sociali si muovono al di fuori di un piano, non si capisce quali criteri guidino il loro lavoro. Nego questo ripensando alle due legislature della vita regionale autonoma, lo nego perchè ho avuto modo in questa terza legislativa di scambiare e concordare le idee con l'Assessore ai lavori pubblici per quanto concerne l'Assessorato provinciale ed anche con l'Assessore alle attività sociali in uno sguardo quadriennale; questo è stato fatto in tutte le legislature, son solo un piano per ciascun settore ma abbiamo anche un piano a più vasto respiro a sguardo quadriennale che sono disposta sempre a mostrare a chiunque e soprattutto per quanto concerne i lavori pubblici dell'assessorato regionale e alle atti-

vità sociali. Diceva il cons. Ceccon che i criteri che dovrebbero muovere gli amministratori dovrebbero essere quelli di predisporre un piano e di tenere ben presenti le zone di maggior bisogno, le zone depresse. Anche per questo può essere provato e documentato che ci siamo mossi su un piano e, anche se questo momento non sarebbe la sede perchè siamo in sede di discussione generale e non di analisi dei singoli capitoli, che sono certamente più adatti per portare singoli dati e cifre, già in questa sede di discussione generale si può dimostrare che i piani ci sono stati e sono tuttora in atto: vasti piani per quanto concerne l'infanzia, la vecchiaia e per quanto riguarda un meraviglioso rinnovamento igienico-sanitario dovuto in gran parte all'Assessore alle attività sociali, che non ha mai dato nessuna minestra, che non è l'Assessore alle minestre, ma è soprattutto l'Assessore del rinnovamento igienico sanitario, anche se siamo ben lungi dal voler sottovalutare o minimizzare le istituzioni che danno anche le benvenute minestre per il povero che manca anche di quelle! Così si è cercato in quei banchi un monsignore appunto per la vasta portata degli interventi che riguardano gli istituti religiosi. Ho detto che voglio evitare la polemica, non faccio che richiamare quello che si è sentito. Però per quanto riguarda i piani ci tengo a dimostrare che solo per l'infanzia ben 78 istituzioni nuove sono state impostate e più di 60 sono già in atto. Invito anche il consigliere collega a fare un giro nelle valli a vedere se per le istituzioni per quanto riguarda l'infanzia — la Val di Cembra, la Val di Cavedine, la Valsugana, Terragnolo, Vallarsa che sono note a tutti come zone depresse — non hanno le più moderne, più rispondenti, più belle e hanno avuto la precedenza sulla Val di Non.

Questo mi sento di dimostrarlo e di provarlo in un viaggio che invito a fare perchè si possano rendere conto di persona. Quindi non solo ci sono stati dei piani ma piani che hanno tenuto presente e la gradualità e le zone depresse e i bisogni e soprattutto nel campo igienico-sanitario quello che più conta, che è più saggio dal punto di vista economico, la profilassi, il prevenire e il recupero di valori morali e soprattutto di valori che riguardano le persone e la salute. Questo per quanto riguarda il criterio di intervento.

Non entro in altri dettagli, ma, ripeto, sempre pronta a parlare e i due Assessori regionali testè nominati hanno una documentazione che ci è stata anche fornita, e che mi pare più opportuno eventualmente richiamare in sede di discussione dei capitoli. Per quanto riguarda la scarsa vitalità ed il carattere cadaverico e poco dinamico delle nostre impostazioni amministrative mi si consenta di dire solo che da quel ventennio non ci sarebbe da imparare, perchè abbiamo avuto una flessione tale di ogni spirito di iniziative nel campo dell'educazione, della beneficenza, della cultura che la Regione è stata veramente risvegliata e non potevamo apprenderlo. Questo voglio sottolineare: che non solo non c'è stata scarsa vitalità, ma c'è stato un dinamismo ed un rinnovamento soprattutto nel campo igienico-sanitario che, al di fuori della Regione, è definito notevole e qualche volta grandioso. Potrei dare al Consigliere che pensa che ci sia questa morta gora nella Regione, dati, nomi di delegazioni, non poche, anche di questi giorni, che chiedono di vedere le nostre istituzioni e le nostre opere, tutte le opere messe in piedi dalla Regione con la collaborazione dei comuni, con la collaborazione delle opere pie, delle Provincie, che hanno una organizzazione sanitaria e sociale veramente moderna e rispondente ai tempi. Invito chiunque a volerle visitare, non temo confronti e non si temono i confronti anche con altre Regioni. Poi in questi giorni devo mandare una relazione a Roma proprio su queste istituzioni rispondenti che sono state organizzate così, proprio per merito ed aiuto degli Assessorati lavori pubblici e attività sociali. Per quanto riguarda il 43% degli interventi dati a religiosi, qui non posso non ricordare con serenità che la Regione ha finanziato anche enti ed istituzioni cattoliche, è stato detto bene, soprattutto nei settori dell'istruzione, delle attività sociali ed assistenziali, culturali e sportive, e qui i cattolici hanno operato in profondità non solo in questi 8 anni, ma hanno meriti di decenni anche nel passato.

Ma in questi otto anni c'è stato un notevole intervento. Qui si fa presto ad ironizzare sui contributi dati ad enti cattolici, ma chi ha mai provveduto alla necessità di tanti orfani, vecchi e poveri che sarebbero stati abbandonati se non ci fosse stato lo slancio generoso della Chiesa cattolica, che si

è preoccupata di creare apposite onerosissime istituzioni per soddisfare a questi elementari bisogni sociali? Da otto anni vedo in Giunta Provinciale le delibere per le nostre istituzioni, vedo religiose che hanno 3 mila lire al mese o 4 mila lire al mese; mi sanno dire dove saremmo noi oggi con il nostro bilancio se non ci fossero queste istituzioni? Potrei documentare che circa 40 istituzioni di carattere religioso assistono da sole 5.492 assistiti, calcolando 10 mila lire al mese per ciascuno sono 54 milioni al mese, 750 milioni all'anno — quasi pari a quello che spende l'assistenza pubblica — di assistenza privata; ma noi non riusciremo, salvo raddoppiare le più ingenti somme per l'assistenza pubblica — pensiamo che solo la Provincia ha 1.015.000.000. — se non ci fosse questo slancio di carità, questa dedizione. Lasciamo anche l'aspetto finanziario, ma pensiamo alla dedizione, allo spirito di sacrificio. Chi di noi si sentirebbe di assistere certi poveri vecchi nei ricoveri che hanno bisogno della stessa assistenza che ha bisogno un bambino in fasce? Chi si sentirebbe di fare un sacrificio simile?! Meritano la nostra ammirazione e proprio la riconoscenza dell'ente pubblico per tutte queste ragioni! Non parliamo poi del settore scolastico dove si potrebbe dire moltissimo, perchè se si fanno i conti delle 70 mila lire che costa ogni scolaro allo Stato, dalle 70 alle 140 mila e vediamo nelle scuole private, ho conosciuto parecchi professori sacerdoti con 2 mila lire al mese, mi domando se questi possono essere segnati a dito perchè hanno avuto un contributo dalla Regione! Ma svolgono una funzione di carattere pubblico e sociale di così notevole portata, che guai a noi se sparissero! Da chi è nato l'istituto di Levico? perchè nessuno nel dopo guerra si è messo con tanto slancio a raccogliere i poveri orfani, vittime di guerra? Dal cuore di un sacerdote! Da chi è nata l'istituzione di Levico di raccogliere 160 ragazzi per l'istruzione professionale? Dal cuore di un sacerdote! E non lo fanno per sè stessi, ma con assoluto disinteresse e dedizione, a vantaggio di tutta la società. Quindi nessuna meraviglia che ci sia una notevole percentuale a questi istituti, nessuna meraviglia che arrivi al 43% perchè, ripeto, una spesa di circa 750 milioni all'anno è a carico di queste istituzioni per la loro disinteressata dedizione. E questo va detto. Va detto di più: che proprio

queste istituzioni hanno salvato nella nostra terra quel sentimento della beneficenza e della carità che oggi si sente tanto disprezzare da troppi settori come se il senso della carità rappresentasse qualche cosa di meno del senso della giustizia. Dico solo, per la pratica che ho fatto in questi otto anni, che tutte le volte che lo Stato e altri enti si sovrappongono a istituzioni private, tutte le volte che si è voluto pianificare nel settore del dolore umano, si è finiti per inaridire la coscienza popolare e le fonti dell'aiuto e per burocratizzare dei servizi al punto che sono diventati qualche cosa di privo di ogni calore umano e di estraneo alla vera assistenza. Dico di più, che queste istituzioni hanno coltivato nella gente nostra un altissimo senso civico di attenzione alle sofferenze della nostra popolazione. Questo va detto con spirito di serena lealtà per chiamare le cose con il proprio nome. Va detto di più: queste istituzioni hanno richiamato anche dalle nostre valli le migliori energie intellettuali. Oggi abbiamo persone che hanno potuto mettersi a disposizione in alti posti di responsabilità al servizio del bene comune proprio in grazie a queste istituzioni che hanno consentito di preparare tali persone prima che venissero le nostre leggi e le borse di studio. Però tutto questo va ricordato, e così anche tutto quello che si va facendo nel campo del lavoro. Le ACLI vanno anche ricordate perchè sono all'avanguardia in questo momento nella sensibilità sociale verso i lavoratori, ed hanno delle iniziative di qualificazione degli operai che nessun ente pubblico può ignorare, e vanno aiutate ed apprezzate. Dico di più, tutti questi meriti che si collegano a tanti meriti del passato, ancora prima che ci fosse la nostra Regione, tutta questa opera così benemerita per la nostra popolazione va ricordata; ma mi sento di aggiungere anche di più, sento il dovere di rivendicare per lo meno l'assoluto rispetto — uno può non condividere questa idea ed impostazione — ma un assoluto rispetto per i vantaggi morali, sociali ed economici che ne va a tutta la società e per il rispetto alla nostra terra che ha una sua storia.

Non è lecito per questo cercare un Monsignore nella Giunta o qualificare l'Assessore delle minestre, perchè questo non mi pare nè rispettoso, nè sereno, nè obiettivo, perchè i fatti sono fatti! Lo dimostra la nostra popolazione perchè non ha vo-

tato D.C. per la paura dell'inferno, ma ha votato D.C. dopo la prima legislatura e dopo la seconda legislatura proprio anche per questa ricchezza di spirito di iniziative e di opere a sollievo della nostra gente, soprattutto per la fedeltà a un ideale cristiano che è stato costantemente mantenuto, sia pure nella debolezza dei singoli, con ferma convinzione e senso di responsabilità. Qui il 43% ai religiosi è produttivo da un punto di vista economico, da un punto di vista sociale, da un punto di vista del ricupero di tanti valori morali, di tante povere creature. Quindi riconoscenza ed ammirazione per questa funzione di pubblica utilità. A Trento si è dato di più, più che alla periferia, ma non dimentichiamo — e l'assessore provinciale lo può dimostrare — che a Trento quelle opere che sono sorte con l'aiuto della Regione vanno a vantaggio di tutta la Regione e non solo della città di Trento. Di tutta la Regione, di tutta la Provincia, dall'istituto infanzia all'istituto di Pergine, al laboratorio. Tutto quello che è stato rinnovato con l'aiuto della Regione è a vantaggio di tutti i nostri comuni, di tutta la nostra regione ed è logico che abbia sede nel capoluogo. Quindi non è giusto nè obiettivo fare una statistica che si riferisca solo al comune di Trento, come non è giusto attaccare amministratori che sono stati attaccati, tipo il nostro on. Veronesi, perchè hanno detto che il sindaco dei castori è lui, quando subito dopo si riconosce che è stato veramente all'avanguardia nel creare fonti di lavoro. Ben vengano questi sindaci castori quando creano fonti di lavoro come è stato capace di crearle lui. Bisogna essere obiettivi: difetti ne abbiamo anche noi, critiche le potete fare, anzi è la funzione della minoranza e sono grata a tutti i Consiglieri che ci segnalano deficienze e difetti e tutto quello che può essere naturalmente nei limiti degli amministratori umani. Però critiche serene ed obiettive che si basino su fatti, su documenti ed opere, perchè è troppo facile ironizzare senza tenere conto di quello che è un dato di fatto che tutti possiamo controllare e che tutti possono poi visitare. Non voglio dilungarmi oltre, perchè si tratta della discussione di carattere generale, avrei materia finchè si vuole per entrare nel dettaglio di ciascun piano di lavoro, finanziato e aiutato dai due Assessori che sono stati attaccati in questa sede. Concludo solo dicendo che proprio

in questi 8 anni che abbiamo vissuto con parecchi qui presenti, vediamo tanti fatti per merito della Regione, fatti controllabili e opere visibili anche all'osservatore superficiale, che voglia fare un piccolo giro nella Regione. Le delegazioni in visita alle opere create dalla Regione sono continue, e posso dimostrarlo con dati e nomi. Se confrontiamo di questi otto anni il passato ed il presente, chi vuole obiettivamente riconoscere non può non affermare che qui c'è un rinnovamento veramente che ci auguriamo possa continuare con l'attuale diligenza e spirito di sacrificio dei nostri amministratori, specialmente di chi è in testa, con l'attuale fervore e ritmo per decenni per il bene della nostra popolazione.

PRESIDENTE: Adesso è bene che smettiamo di fumare per rasserenare l'atmosfera. Per quanto riguarda i lavori del Consiglio pensavo di proporre di lavorare fino alle 12.30, riprendere alle 14 e lavorare fino alle 17 o dalle 14.30 fino alle 17.30, perchè si guadagnerebbe anticipando anche per molti Consiglieri.

NARDIN (P.C.I.): Facciamo fino alle 12 allora !

PRESIDENTE: Fino alle 12.30 si può lavorare molto bene. Facciamo dalle 14.30 fino alle 17.30.

MAGNAGO (Vice Presidente C.R. - S.V.P.) Sarò brevissimo solo per rispondere all'intervento del Presidente Pupp in merito ai lavori della Commissione, e quale Presidente della commissione stessa sono pure stato chiamato in causa. Credo che sia doveroso e necessario difendere con alcune parole, se fosse necessario difendere, l'onorabilità della Commissione che potrebbe essere anche intaccata dalle parole del Cons. Pupp. Dico anzitutto che condivido perfettamente quanto ha detto il Presidente del Consiglio poco fa, che le osservazioni fatte dal cons. Pupp in questa sede sono quanto mai inopportune. Se il cons. Pupp avesse letto bene la relazione che la Commissione ha stilato avrebbe visto quale era il motivo di questo lungo lavoro che si è protratto non per 20 ma per 18 sedute, motivi non imputabili alla commissione, ma motivi imputabili soprattutto alla Giunta, nel senso che alla Commissione sono mancate le relazioni dei singoli

Assessori, necessarie perchè la Commissione potesse svolgere il suo lavoro. Questo è stato detto appositamente nella relazione. Poi per quanto riguarda l'osservazione che la Commissione ha tenuto molte sedute di sola mezza giornata e poche di una giornata intera, è vero che si sono tenute anche sedute di intere giornate, ma prima di parlare bisogna anche conoscere i motivi, che erano questi: che raramente un Assessore era a disposizione per una giornata intera dati gli impegni che avevano gli Assessori per il loro lavoro, per cui la Commissione o non ha potuto continuare per tutta la giornata il lavoro per l'assenza dell'Assessore regionale o perchè era preventivata una giornata intera in quanto si sperava di avere la relazione che non è venuta. Comunque quello che è già stato rilevato dalla Commissione nella sua relazione è stato il motivo del ritardo e delle numerose sedute della Commissione che è stato costretta, dico costretta, a tenere, perchè non è possibile avere le relazioni solo verso le ultime sedute. Se queste relazioni non ci fossero state promesse o non fossero pervenute al Consiglio, allora la Commissione avrebbe lavorato anche senza di esse. Ma siccome si sapeva che venivano e sarebbero state portate in Consiglio non era possibile che la Commissione terminasse il suo lavoro senza averle avute. Perciò è auspicabile, come ho già detto nella relazione, che un altr'anno le relazioni degli Assessori giungano in tempo perchè la Commissione non debba perdere tempo a chiedere agli Assessori informazioni, che sarebbero già state fornite con le relazioni scritte. Per questo motivo devo respingere come Presidente della Commissione le osservazioni del cons. Pupp in quanto non corrispondono alla realtà ed anche perchè sono inopportune e poco delicate specialmente se dette in questa sede.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): I problemi connessi con la discussione del bilancio, come si sa, sono moltissimi e sono svariati, ivi incluso fra questi il problema del latte sul quale ci ha fatto una meravigliosa cultura il collega Salvadori. Penso però che su tutti questi problemi, che se pure importanti sono sempre particolari, dopo la presentazione della dichiarazione da parte del S.V.P. domini senz'altro in questo momento il problema politico, di fondo, che in certo qual modo condiziona tutti gli altri

problemi particolari. Questo problema è evidentissimo che stia particolarmente a cuore a noi Consiglieri della Provincia di Bolzano, noi che dobbiamo vivere tutti i giorni la vita di contatto col gruppo etnico di lingua tedesca e che dà luogo a tutti i disguidi che sono noti e conosciuti. Per questo avrei voluto che già fin dalla settimana scorsa la discussione generale di questo bilancio all'inizio della terza legislatura assumesse un corso nuovo, direi, ed avevo invitato espressamente la maggioranza a parlare nella speranza proprio che si affrontasse questo problema di fondo e lo si discutesse in fondo, cioè a fondo, con precedenza assoluta su tutti gli altri. Il tentativo, come abbiamo visto, è fallito perchè fino a questo momento la maggioranza, pur avendo preso molte volte la parola, lo ha eluso, un po' come è sempre solita fare, tanto da far dire a qualcuno se il memoriale di Brugger rappresentasse solo un palloncino destinato a sgonfiarsi da sè o addirittura da far dire ad altri se esisteva già precedentemente un accordo sulla presentazione di questo memoriale fra i componenti della Giunta. Noi fino a questo momento dobbiamo credere a quello che è stato detto e dobbiamo crederlo per la serietà stessa del Consiglio di cui facciamo parte, e dobbiamo credere alle parole ed ai pronunciamenti e per questo siamo costretti a fare un brevissimo esame generale della situazione politica. Dirò che la gravità del problema o l'importanza del problema non induce ad improvvisazione alcuna e anche soprattutto per riassumere con estrema fedeltà quello che è il pensiero, non solo mio personale, ma anche della mia parte bolzanina, della federazione di Bolzano e anche perchè il tema è troppo vasto e potrebbe indurci ad abusare del tempo, mi limiterò, signor Presidente, nei termini spero del regolamento, anch'io come ha fatto Brugger, alla lettura di poche cartelle che rappresentano in questo senso il nostro punto di vista. Chiedo scusa fin d'ora se la lettura sarà molto affrettata, perchè desidero restare nei termini previsti dal Regolamento e non chiedere nemmeno un minuto.

Il bilancio è l'espressione concreta della politica svolta dagli enti pubblici; con le parole è possibile talvolta mascherare il pensiero, le cifre non consentono tali infingimenti. Pertanto il bilancio è il documento politico per eccellenza.

Ebbene! Un esame anche superficiale del nostro bilancio ci fa constatare come la vita politica, nell'ambito della nostra regione, si trascini da anni su posizioni bloccate. Ne sono riprove inconfondibili la ripetizione monotona di cifre e, di converso, la ripetizione monotona degli argomenti. Siamo fermi sulle posizioni di partenza, senza aver fatto sensibili passi, nè in avanti, nè indietro.

Molti uomini, in buona fede, credettero veramente che la concessione dei diritti autonomistici, potesse sfociare in un processo di graduale, sicura chiarificazione, avviando pertanto la Regione su posizioni dinamiche che la staticità del bilancio invece esclude. Si riteneva che con l'immissione, nella direzione dei fondamentali problemi interessanti la vita regionale, degli esponenti del gruppo etnico tedesco, non si sarebbe dovuto e potuto mai più parlare di estromissione del gruppo etnico tedesco dall'esame democratico e dalla risoluzione dei problemi dell'economia locale. Affermare questo oggi, a distanza di anni ormai dal tentato esperimento autonomistico, serve a dare il senso preciso del *cammino percorso* e delle occasioni perdute. Partiti infatti con il desiderio sincero, aperto, d'immettere nella vita pubblica gli esponenti del gruppo etnico tedesco — che ne erano stati esclusi e banditi per un ventennio intero — si riteneva di ricostituire sul piano concreto dei fatti, una migliore possibilità di vita e di lavoro. Accade spesso, nel corso della storia, che una classe combatta un'altra classe e la escluda così dal governo della cosa pubblica; ma, lo accordo di Parigi e lo Statuto di Autonomia dovevano rappresentare, per uomini di buona fede e di buona volontà, la reintegrazione del gruppo etnico tedesco nel suo diritto a far parte dell'amministrazione pubblica. Questa era un'impostazione improntata ad un preciso concetto democratico, nel senso che, attraverso essa, s'immettevano alle responsabilità politico-amministrative i rappresentanti di una minoranza etnica. Essi sarebbero stati garanzia per i contribuenti di quel gruppo, che i loro diritti di cittadini non sarebbero stati conculcati. Si voleva, in sostanza, sostituire ad una forma di governo unilaterale — che aveva esclusi questi uomini dalla vita pubblica per vent'anni — una forma di governo alla quale essi potessero partecipare, su un piano di parità di diritti e di doveri. Preparata

la macchina, stabilito attraverso le prime elezioni del 1948 il contatto che metteva in moto il motore dell'autonomia, agli orecchi attenti e sensibili di coloro che hanno percezione delle reazioni politiche non sfuggì il fatto che qualcosa non andava, che qualcosa non ingranava, che, in una parola, tutti gli organi della macchina erano sottoposti a tali sollecitazioni da comprometterne la funzionalità. A questo punto si aprì un dialogo strano tra coloro che hanno dato sempre motivi di preoccupazioni, per la forma unilaterale della loro interpretazione degli accordi di Parigi e dello Statuto speciale e coloro i quali avrebbero avuto il compito di garantire a questa macchina le sue funzioni, in quanto rappresentanti della maggioranza, regolandone l'andatura con risposte chiare e impostazioni realistiche. E' stato invece un susseguirsi di dichiarazioni e di infingimenti, di richieste e di silenzi; è stato un susseguirsi di proteste, di smarriti sforzi tesi a dichiarare di non comprenderne il reale significato. Oggi siamo di fronte ad un'ennesima dichiarazione della S.V.P. che, per bocca del Capogruppo dott. Brugger, ribadisce come la loro interpretazione non coincida affatto con quella del Governo italiano (*vedi seduta 5.a del 12.3.57*).

Coloro che hanno finto fino ad oggi di non capire, di non rendersi esattamente conto del susseguirsi di atti e formulazioni, riusciranno ancora a mantenersi nel loro candido manto d'ingenuità?

Sarebbe interessante riandare alle cronache degli ultimi dieci anni, per dimostrare che questa dichiarazione non dice nulla di nuovo; dieci anni fa un autorevole esponente della S.V.P., che passava e passa per moderato, ha affermato in un colloquio che da parte sua si augurava che gli italiani abbandonassero l'Alto Adige al ritmo del 5% all'anno, per vedere così risolto — bontà sua! — il problema in venti anni. Del resto nel memorandum del 1954, la stessa cosa era detta in termini espliciti. Tutta l'impostazione della S.V.P. denuncia questo stato di cose, questa sua aspirazione di vedere risolto il problema altoatesino in termini drastici ed esclusivistici. La D. C. — il partito maggioritario di lingua italiana nella regione — ha puntato le sue fortune politiche sulla carta della possibilità di collaborazione, autoqualificandosi l'unico partito capace di comprendere e di con-

trollare le azioni della S.V.P.; questo anche in nome di una comune fede che è a fondamento della politica dei due partiti.

Così la D. C., avocando a sé l'intero problema, si è caricata la responsabilità di stabilire i contatti sulla base delle trattative personali, nel discreto silenzio dei conciliaboli a due. Si sono distribuite in gran numero patenti di incapacità politica ad altri partiti e gruppi, che dimostravano di nutrire seri dubbi sull'efficacia di questa politica svolta nel segreto dei rapporti personali. Che cosa è avvenuto? E' avvenuto che proprio gli assertori di questa formula *dell'ovatta*, del non accusare i colpi, del lasciare dire e del dare del tempo al tempo, fidando nella speranza che i problemi politici avrebbero trovata soluzione al di fuori degli organi qualificati, sono caduti in inganno e hanno visto fallire giorno per giorno la loro politica, in modo talmente palese e scottante, da farci chiedere come possano ancora resistere in un'impostazione che ha dimostrato ormai apertamente la sua inefficacia. Infatti la S.V.P. ha assunto due volti, due atteggiamenti: uno di carattere pubblico, drastico, duro, intransigente, con la tenacia di chi in nome della coerenza è deciso ad escludere aprioristicamente ogni realtà vivente; l'altro, in sede di conciliaboli, improntato ad un elastico possibilismo. A motivo di questo secondo volto della S.V.P. è avvenuto che la D.C. abbia ripetuto l'esperimento di quell'ipnotizzatore che, anziché addormentare il suo soggetto, ne fu bellamente addormentato.

Sono così trascorsi dieci anni, i quali anziché servire ad impostare le cose nel loro giusto binario, grazie alla politica temporeggiatrice, ci pongono oggi di fronte ad una situazione acuitizzata di cui non si riesce a scorgere la via d'uscita. E non basta: la politica del sonnifero è servita a dare una fama del tutto gratuita a noi italiani, la fama di sopraffattori dei diritti di una piccola indifesa minoranza, la quale invece, agli effetti pratici, risulta tutt'altro che inerme e indifesa. Il disagio entro il quale oggi ci dibattiamo consegue ad un'elusione di tutti i problemi di fondo ai quali si è evitato di rispondere, sino ad oggi, con le due più belle e chiare parole della lingua italiana: *si e no!*

Ci si è attardati alla soluzione dei problemi particolarmente relativi alla realizzazione dei di-

ritti del gruppo etnico tedesco, senza stabilire, come dati acquisiti, due principi che possono determinare l'avvenire dell'autonomia e la sua funzionalità: 1) lo Statuto garantisce lo sviluppo culturale ed economico del gruppo etnico tedesco, ma la difesa dei diritti della minoranza non costituisce motivo per stabilire il diritto ad una riserva territoriale; 2) lo Statuto è stato emanato come premessa alla pacifica convivenza dei gruppi etnici. Ne discende che, come noi non intendiamo minacciare lo sviluppo culturale ed economico del gruppo etnico tedesco, quest'ultimo non può minacciare o raffenare, in nome di un'interpretazione unilaterale, il naturale sviluppo del gruppo etnico di lingua italiana, in un territorio entro i confini della Nazione. Come sempre accade quando i contraenti di un patto con condividono l'interpretazione delle finalità sulle quali il contratto poggia, anche in questo caso la confusione e le riserve mentali hanno caratterizzato e avvelenato ogni possibilità di sviluppo degli strumenti autonomistici.

Dal dissidio alla radice, consegue che i frutti legislativi e amministrativi sono bacati da un tarlo che li rode; si tenta in ogni circostanza di non riconoscere ai cittadini di lingua italiana possibilità di vita e parità di diritti. I presupposti remoti che abbiamo individuato lasciano il loro segno anche sul bilancio, che reca in sé l'impronta di questo dissidio di principi interpretativi e che ne logora sul nascere ogni possibilità di più ampio respiro e di maggiore fecondità. Non è senza significato il fatto che il gruppo etnico tedesco abbia ripresentati in discussione questi principi con l'intervento Brugger. E sarebbe legittimo, a nostro avviso, sospendere ogni attività per chiarire questi problemi di fondo, per analizzarne le più profonde scaturigini, per prevenirne le estreme conseguenze.

Non si può costruire sulla sabbia, non si può conversare senza essere d'accordo sul significato delle parole. Che cosa dicono dell'autonomia le parti sulle quali maggiormente grava la responsabilità?

« L'autonomia intesa come autogoverno di una collettività minore nell'ambito dello Stato » — (afferma il programma della D.C.) — « rappresenta sul piano pratico e per molteplici aspetti l'essenza stessa della democrazia, intesa a portare più vicino al popolo le strutture dell'amministrazione pubbli-

ca, alla ricerca di una più moderna, agile, pronta rispondenza degli organi pubblici alle esigenze della collettività. Non può esserci incompatibilità tra spirito autonomistico e amor di patria che rappresentano, anzi, due concetti che si integrano e si perfezionano a vicenda, perchè l'autonomia offre la possibilità massima di espressione della personalità sul piano politico ».

L'on. Russo, qualche giorno fa a Bolzano ebbe a dire:

« L'autonomia ha segnato l'inizio di una politica nuova, umana, e rispettosa della dignità della persona, e ha dato inoltre il riconoscimento definitivo al confine della Patria. »

Di contro questa affermazione, abbiamo oggi come ieri le dichiarazioni di Brugger. E' doveroso quindi che di fronte a tanto contrasto di enunciazioni, noi si chieda ai fatti la risposta a quella legittima domanda che ormai, a dieci anni dall'inizio dell'esperimento, è doveroso porsi: « Ha risposto l'autonomia, sul piano morale, politico e sociale, alle aspettative contenute nella enunciazione di principio? E se non ha risposto, quali furono le cause che ne determinarono il fallimento? »

Alla prima domanda risponde efficacemente un rapido sguardo all'annata testè conclusasi. Il 1956 è stato definito l'anno di grave tensione, di crisi dell'autonomia sul piano morale e politico, della comprensione e della convivenza. Un'annata, scrive un acuto osservatore, i cui fatti « hanno mutato per tutto l'avvenire l'impostazione del problema ». Infatti il « Volksbote », portavoce ufficiale della S.V.P., e l'Austria, pongono la questione in nuovi termini. Si afferma: « una nuova revisione è necessaria. L'Alto Adige è una delle questioni politiche ed europee non risolte. E' un problema internazionale e non di unica spettanza dell'Italia. L'autonomia è fallita, ridotta ad un complesso d'illusioni, errori e truffe. Non più rispetto degli accordi di Parigi, ma diritto all'autodecisione ».

E mentre Gschnitzer in Parlamento a Vienna chiede che per l'Alto Adige si riconosca alla popolazione il diritto all'autodecisione, Reimann parla di ricorso all'ONU. A tutto ciò fa eco la mozione finale del Congresso della S.V.P. che, più cauta — per ragioni evidenti — chiede o « l'attuazione dello spirito dell'accordo di Parigi, o l'intervento

della questione in una Corte arbitrale internazionale, come previsto dal trattato di pace di cui l'accordo è (secondo la S.V.P.) parte integrante. »

Segue la lettera dell'on. Guggenberg a Segni, nella quale si ribadiscono i soliti temi. E arriviamo così alla crisi di Bressanone, al fatto di sangue di Fundres, ed a quell'autunno arroventato che culmina nei noti atti dinamitardi. Uniche note pacate in tanto clangore, che risaltano per la loro obiettività e serenità, sono quelle delle dichiarazioni di Figl: « Ciò che divide l'Austria e l'Italia è infinitamente poca cosa di fronte a quello che ci unisce ». E quelle dei socialisti austriaci, quale il Sindaco di Vienna ed altri. Questa, a grandi linee, la tesi contrapposta sulle questioni di fondo. Tuttavia noi che viviamo il problema giorno per giorno, dobbiamo cercare di analizzare gli aspetti, alla ricerca di una saggia via d'uscita.

Tra le cause principali che hanno bloccata la situazione individuiamo le seguenti: 1) una costante diffidenza da parte della S.V.P. nei confronti dell'Italia. Questo stato d'animo, che trova in un primo tempo fondamento e giustificazione negli errori del passato, in un nazionalismo totalitario che aveva ignorato il gruppo etnico tedesco e ne aveva soppresso i suoi diritti naturali alla lingua agli usi e costumi, non dovrebbe trovare giustificazione alcuna nel rinnovato clima democratico. Il perdurare di esso è indice inconfondibile di errori attuali che rendono confuso il presente e incerto l'avvenire, anche perchè determina sul piano legislativo e amministrativo impostazioni e procedure che possono provocare la diffidenza del Governo centrale. Il circolo si chiude così, da un lato su una posizione di insoddisfatte aspirazioni, dall'altro sulla preoccupazione che il Governo non può non nutrire sulle sorti e sull'avvenire del gruppo etnico italiano.

2) Nella S.V.P. individuiamo non soltanto il partito delle rivendicazioni del gruppo etnico tedesco, ma, in un con esso, il partito più conservatore che oggi operi in Europa. Sotto le bandiere dei diritti della minoranza si contrabbanda il più reativo conservatorismo, teso alla tutela di interessi monopolistici e capitalistici, più che di tradizioni. Taluni uomini al vertice temono l'evoluzione di una economia tradizionale verso forme più mo-

derne ed illuminate. L'avvento di riforme minaccia la stabilità della piramide sulla quale essi sono assisi. Questo spiega la difesa dell'agricoltura, oltre i limiti del naturale interesse sociale e la ripulsa ad ogni forma d'industrializzazione. Molti di noi ritenevano che l'ostracismo dato a tutto ciò che poteva inserire l'economia industriale nell'economia della provincia di Bolzano, fosse soprattutto dovuto all'identificazione del fenomeno industriale con i soli interessi del gruppo etnico italiano. Un fatto evidente ci ha aperto gli occhi ed ha scoperto viepiù il fondo della direttrice della politica della S.V.P. In Valdaora si doveva costruire una casa che spettava a quel Comune di diritto per il cumulo di contributi INA-Casa versati dai lavoratori del Comune stesso. Il consiglio comunale, anzichè compiacersi di questa possibilità, per il beneficio che ne sarebbe derivato alla popolazione lavoratrice, in una deliberazione votata all'unanimità dal consiglio, respingeva con speciose argomentazioni questa possibilità. Avevamo pensato dapprima alla consueta diffidenza dei Comuni nei confronti delle iniziative atte a sistemare definitivamente lavoratori di lingua italiana, senonchè non si è tardato a scoprire come i prestatori d'opera di Valdaora fossero nella totalità appartenenti al gruppo etnico tedesco. Come si spiega allora questa presa di posizione? Molto semplice: il consiglio comunale, composto di proprietari agricoli, non vede di buon occhio la sistemazione di lavoratori nell'industria locale, in quanto l'industria sottrae servi agricoli alla terra e quello che è peggio dà loro possibilità di vita e di emancipazione di gran lunga superiori a quelle in cui si dibatte il servo agricolo. Ecco individuata la realtà della situazione. La provincia di Bolzano deve, nell'interesse dei proprietari agricoli, chiudere le frontiere ad ogni avvenire dell'industria; si blocca così il futuro del progresso economico, si relega così questa terra, nell'interesse di un'economia retrograda, anche se momentaneamente fiorente, al livello delle zone meno progredite che poggiano le loro possibilità di vita sulla sola agricoltura e pastorizia. Ogni migliore avvenire per la classe lavoratrice di lingua tedesca è così precluso. Per comprendere la verità nella sua interezza, basterebbe ascoltare il compiacimento con il quale un lavoratore di lingua tedesca ci fa-

ceva notare le scarpe antinfortunistiche di cui era calzato, per averle ricevute in dotazione da un'industria locale, compiacimento che derivava dal fatto di possedere per la prima volta calzature non precedentemente usate da altri, come gli era accaduto durante la sua grama vita di servo agricolo, senza salario e pertanto senza possibilità di provvedere alle sue primordiali necessità di creatura umana.

3) La propagandata tesi delle « speranze deluse » porta ad una nuova impostazione del problema autonomistico, tendente a rivendicare una completa autonomia provinciale svincolata da ogni e qualsiasi legame regionale; pone praticamente sul tappeto la questione della revisione dello Statuto. A chi addebitare la responsabilità di avere alimentate queste speranze? Ci troviamo di fronte ad un graduale progressivo aumento delle richieste o al logorio del metodo del « do ut des » sin qui applicato? E' difficile rispondere. Tuttavia è facile arguire da questo segno rivelatore, uno stato di carenza delle formule di governo che legano nella maggioranza la D.C. e la S.V.P.

4) La mancanza di un preciso programma politico-amministrativo che, proiettato nel quadriennio della legislatura dovrebbe costituire la necessaria, indispensabile ossatura, provoca una vita convulsa, regolata giorno per giorno sul piano della netta divisione delle due sfere d'influenza fra i partiti di maggioranza. Si è giunti così all'asociale, ingiusto criterio della divisione a metà dei fondi a disposizione, svuotando l'autonomia di ogni contenuto, degradandola a meschina fonte di contratti, di beghe, di gelosie, e facendola scivolare in sostanza sul terreno dell'autentica e ristretta visione campanilistica.

Questi i capisaldi, che ci fanno affermare come il problema altoatesino realmente esista e come esso vada esaminato in discussione aperta, sincera, chiara e definitiva, tale da chiudere la porta ai soliti mercanteggiamenti e compromessi. Non dimentichiamoci che si è arrivati a mettere in forse la tranquillità e la stessa incolumità dei cittadini; non dimentichiamoci che ad ogni azione si può sempre presupporre l'avvio di una reazione, che noi rappresentanti della classe lavoratrice, lungi

dall'auspicare respingiamo, ma non possiamo ignorare e sottovalutare.

Se non apriremo, con profonda cosapevolezza, questa discussione, noi pensiamo che il Governo italiano avrà sempre il dubbio legittimo sull'opportunità di concedere funzioni legislative ed amministrative, che verranno adoperate in direzioni non conformi a quello che è il fondamento e la base dell'autonomia, cioè: *la possibilità di pacifica intesa e convivenza*. Non possono essere forniti ulteriori strumenti a chi afferma in termini molto chiari di voler sacrificare i diritti del gruppo italiano convivente, nè si può pretendere che il Governo italiano, sul territorio nazionale, abdichi alla tutela dei legittimi diritti di una parte dei suoi cittadini a favore di un'altra parte. L'intervento Brugger conclude con un accenno all'europismo. Ma è ben strano questo europismo, che dopo aver affermato la libertà della circolazione delle persone e dei beni, formula un concetto in stridente contrasto, del tutto nuovo alla letteratura europeistica, quello cioè del « diritto dei popoli alla terra avita ». Se le Nazioni europee intenderanno le innumerevoli ragioni connesse alla loro salvezza e abatteranno le frontiere, riducendosi perciò al livello di province, con quale formula si potrà attuare questa espressione di diritto? Oggi, anche nelle politiche nazionalistiche, il diritto alla terra avita è molto labile, in quanto disciplinato da due soli strumenti: il passaporto e il permesso d'immigrazione che costituiscono essenzialmente la formula che l'europismo intende cancellare. Nè vogliamo attardarci ad esaminare la velata minaccia « alla piena libertà » nella Giunta e in Consiglio Regionale. Saranno ad un certo momento gli uomini che condividono la responsabilità in Giunta a dover giudicare se tale libertà d'azione sia ulteriormente compatibile con la responsabilità collegiale che deve necessariamente cementare l'attività della Giunta. E altrettali considerazioni si potrebbero fare sulla libertà d'azione che la S.V.P. intende riservarsi in ordine alle iniziative per la realizzazione degli otto punti formulati nell'intervento Brugger.

Anche in questo caso le riserve suonano pleonastiche: in passato, senza affermare questa libertà d'azione, la S.V.P. ha assunto ogni iniziativa

al di fuori e al di sopra degli organi direttamente responsabili. Il cammino legislativo e amministrativo si fa dunque ogni giorno più duro e più aspro. Il carico che grava sulle nostre spalle, anzichè assestarsi minaccia ogni giorno di più di rovesciarsi. Non dobbiamo perciò continuare a ignorare la verità, a tappare occhi e orecchi. Ne va dell'avvenire di popolazioni che non chiedono che tranquillità, che desiderano soltanto un sereno avvenire.

DIETL (S.V.P.): Chiedo la traduzione.

PRESIDENTE: Si proceda alla traduzione. (*segue la traduzione in tedesco dell'intervento Molignoni*).

PRESIDENTE: La seduta è sospesa, si riprende alle 14.30.

(Ore 12.30).

Ore 14.30.

PRESIDENTE: La seduta è riaperta. Continua la traduzione. (*prosegue la traduzione*).

La parola al cons. Nicolussi Leck.

NICOLUSSI (S.V.P.) Signor Presidente, signori colleghi, non parlerò sul bilancio, riservandomi di prendere la parola quando vi sarà la discussione dei diversi capitoli. Nelle mie parole vorrei riferirmi alla discussione politica sorta in seguito alle dichiarazioni lette dal capo gruppo della S.V.P. Dr. Brugger, sulle quali dichiarazioni hanno preso la parola diversi Consiglieri di questo alto Consesso, facendo delle illazioni diverse. Molte parole aspre e dure furono profferite e rimproveri ingiusti e torti addossati alla minoranza a cui appartengo, parole talvolta che suonavano ingiuria e calunnia nei riguardi della minoranza del gruppo etnico di lingua tedesca dell'Alto Adige, chiamato Sudtirolo, e che qui con i miei colleghi di gruppo, democraticamente eletti per la salvaguardia dei diritti naturali, diritti fissati in trattati e leggi, rappresento. Finora nessun Consigliere si è alzato a rispondere a tutte le obiezioni che ci furono fatte in relazione alle dichiarazioni lette, alle richieste programmatiche nuovamente avanzate; nessun Consigliere si è alzato quale paladino di questa minoranza attaccata ed ingiuriata. Spero che non tutti siano consenzienti con quanto ci fu addebitato, e

perciò nella mia relazione mi atterrò a confutare possibilmente, con le povere parole che mi sono date — giacchè la dialettica e la retorica non sono il forte del gruppo a cui appartengo — le accuse mosseci in quel linguaggio che abbiamo sentito e che è degno in certo qual modo dei discorsi sentiti nei tempi passati da parte di certi gerarchi....

MITOLO (M.S.I.) Nazisti!!

NICOLUSSI (S.V.P.) Nazisti e fascisti!

MITOLO (M.S.I.) Bravo! E' obiettivo vedi??!

PRESIDENTE: Non fate commenti!

NICOLUSSI (S.V.P.) Non mi lusingo certo di poter convincere tutti...

MITOLO (M.S.I.) Meno male!

NICOLUSSI (S.V.P.) ... e sarò ben grato se qualcuno vorrà capire dove noi vogliamo arrivare con le nostre richieste...

RAFFAELLI (P.S.I.) Sarebbe ora!!

MITOLO (M.S.I.) E' da dieci anni che cerchiamo di capirlo!

NICOLUSSI (S.V.P.) E' da dieci anni perchè l'adempimento è mancato, perciò dobbiamo ad ogni momento ripeterle e riproporle. Se non con così aspre parole ma con più sensibilità i rappresentanti dell'estrema sinistra dicevano che fra noi ed il gruppo della D.C., con il quale siamo uniti nel governo, si profila la scissione, una certa critica. Io vorrei dirvi solo una cosa. Noi stiamo nel governo, perchè dobbiamo occupare quei posti in base a una legge. Perciò convenzioni diplomatiche fra il gruppo della D.C. ed il gruppo etnico tedesco per poter governare, un'alleanza diplomatica in se stessa non esiste. Esiste fra questi due gruppi almeno una larga comprensione vicendevole di quanto ognuno vuole, desidera e di quanto ognuno ha come prospettiva e come meta ultima. Le nostre richieste contenute nella dichiarazione del capo gruppo della S.V.P., illustri colleghi, non sono sparate propagandistiche, non sono palloni gonfiati che ad intervalli noi dobbiamo alzare ed avanzare per tenere in agitazione il nostro gruppo etnico, per poter dimostrare che qualche cosa facciamo. Le no-

stre richieste si basano sulla legge costituzionale italiana, sul trattato di Parigi. Se finora non furono eseguite non possiamo stancarci quale minoranza responsabile del destino del nostro gruppo etnico, di avanzarle ogni qual volta ci è data la facoltà in base alla legge e conforme alla legge. Il problema dell'Alto Adige, da noi per rispetto storico ed ideologico chiamato sempre Südtirol, non è un problema geografico nè strategico, nè nel senso lato sociale o economico. Il problema di questa provincia e di questa minoranza è un problema umano, di un gruppo etnico di minoranza amante della sua terra natia e dei suoi costumi, della sua lingua, della sua libertà naturale e della sua libertà e dignità umana. Questo problema del Südtirol non solo è sentito da noi come gruppo di minoranza, ma dall'Italia, al cui Stato apparteniamo da leali cittadini, e dall'Austria, alla quale per oltre un millennio quella Provincia appartenne come un Land autonomo, e la quale è obbligata, per essere firmataria del trattato di Parigi, ad interessarsi a questo problema, ed è sentito pure dalle grandi potenze, dal mondo, vorrei dire. Questo problema deve essere risolto in un clima veramente democratico in base al diritto naturale delle genti, al diritto internazionale, ma anzitutto in base al trattato di Parigi e alla Costituzione italiana, che ci danno la facoltà di risolverlo, non lungheggiando nel tempo, ma agendo per porre fine a tutti questi attriti, a tutte queste discussioni, che hanno come scopo e fine di lasciare noi come voi in una agitazione che non dovrebbe esistere e dovrebbe aver fine naturalmente. Il destino etnico-politico di questo Südtirol, che scientemente nella storia del nostro continente da oltre mille anni ha sempre saputo essere aderente alla missione europeistica cristiana, la cui gente fu liberata dall'imperatore fin dal lontano medio evo dalla istituzione schiavistica della servitù della gleba, la cui grande storia e le cui eccezionali bellezze naturali sono note a quasi tutto il mondo civile; il destino, o signori colleghi, di questo gruppo etnico è guardato, osservato e quasi vorrei affermare controllato da quasi tutti i popoli europei e dal mondo le cui simpatie vanno a questa gente pacifica e laboriosa nel cuore delle Dolomiti, delle Alpi e del continente europeo. E questo mondo, senza mini-

mizzare affatto l'importanza del grande popolo italiano sul piano politico-sociale ed economico, attende come noi sudtirolesi una soluzione magnanime e conforme agli obblighi assunti, di questo problema, soluzione rispondente innanzi tutto ad una comprensione aperta dei diritti delle genti, della libertà, della dignità; una comprensione aperta sulla vita della gente di questa minoranza che ha sempre sentito la missione anche continentale a lei affidata. Noi siamo una minoranza etnica in seno allo Stato italiano e, data questa natura nostra di minoranza etnica, siamo diventati un problema etnico. Non per colpa nostra di certo il problema del Südtirol è nato, ma il problema nacque nel lontano 1918 allorquando l'Italia si annettè la provincia di Bolzano. Cesare Battisti, con gli altri martiri trentini, dinanzi ai quali noi sudtirolesi chiniamo il capo in pieno riconoscimento della loro lotta e del loro sacrificio patriottico, volle solo l'annessione all'Italia del Trentino fino a Salorno.

MITOLO (M.S.I.): Non è vero!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Non avendo ubbidito i governanti dell'Italia di allora a coloro che per la giusta causa combatterono e morirono, annettendo anche il Südtirol sorse il problema della nostra terra, del gruppo etnico tedesco, sorse il problema che oggi è sempre presente e impellente. Allora e non oggi, e non per colpa nostra, sorse questo problema. Non è certo una cosa nuova se rammento che il Trattato di S. Germain, le richieste e l'adesione furono da molte potenze contrastate e l'allora Primo Presidente del Consiglio Orlando propose la annessione dell'Alto Adige alla Svizzera.

MITOLO (M.S.I.): Alla Svizzera?

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Come Cantone autonomo. Proposta in fin dei conti non accettata. Non è cosa nuova se rammento che il Grande Statista Nitti il giorno 20 luglio 1919 ebbe a dichiarare che il Governo italiano si proponeva di intraprendere una politica liberalissima nei confronti dei sudditi di nazionalità tedesca, riguardante la loro lingua, la loro cultura, i loro interessi economici, intendendo con ciò, dopo la stipulazione del Trattato di S. Germain, di colmare e di calmare

le già sorte preoccupazioni presso altri Stati vincitori sul nostro problema. E a dare peso ancora maggiore non solo sull'esistenza di questo problema ma principalmente sul come risolverlo, eccoci la dichiarazione fatta dal Re d'Italia al Parlamento in data 1 dicembre 1919 nella quale dichiara che l'Italia seguendo la tradizione liberale risolverà il problema del Südtirol nel rispetto delle istituzioni locali autonome e culturali. Leggete quanto disse il Vicepresidente del Consiglio on. Luzzatti a una delegazione sudtirolese. Sono le testuali parole: « Sono pienamente d'accordo per l'autonomia del Südtirol. Che cosa pure vogliono i vostri deputati al Parlamento romano, stiano pure a casa, amministrare le vostre cose per voi stessi così come i Cantoni svizzeri amministrano e governano la loro vita. E se l'umanità non è ancora del tutto imbestialita, se lo spirito di una pacifica convivenza sarà entrato e reso pubblico presso tutti i popoli europei, verrà il giorno in cui ritornerete nel seno della vostra nazione. » Queste sono parole non di un politicante tedesco ma di governanti e statisti italiani dopo l'annessione della nostra provincia all'Italia, dopo che è nato appunto questo problema, che pur oggi ci fa pensare. Io non vorrei annoiarvi, ma è pure bene che, come ci diceva l'avvocato Mitolo noi con le nostre richieste lo facciamo annoiare, e spero...

MITOLO (M.S.I.) Mi diverte anzi!

NICOLUSSI (S.V.P.) ... che dei 48 Consiglieri Regionali almeno 47 non si annoiano quando parlo, e se l'unico annoiato dovesse essere l'avv. Mitolo...

MITOLO (M.S.I.) Mi diverti invece, guarda!

NICOLUSSI (S.V.P.) ... è sempre ancora ...

PRESIDENTE: Non interrompete!

NICOLUSSI (S.V.P.) ... una vittoria mia che posso segnalare. Ma è pur bene che senza annoiare Mitolo, mi rifaccia un po' alla storia che è la vita travagliata evolutiva vissuta dall'umanità, storia che essendo millenaria è sempre in-segnante ...

MITOLO (M.S.I.) Maestra!!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): ... maestra del

futuro. Certamente non nego alle autorevoli promesse di Orlando, Nitti e Luzzatti ed al re d'Italia la sincerità e la serietà, ma di queste promesse, signori, ditemi quante dal 1918 furono mantenute? Nulla! Nulla fino al 1946, cioè dopo la seconda guerra del 1941 che ha travagliato l'Europa. Venne, dopo quelle promesse degli statisti fatte con animo sincero, il fascismo, non per colpa nostra, non per causa nostra. Con un colpo di mano marcìo su Roma, fece una dimostrazione a Bolzano, creando il primo martire sudtirolese, mandando al confino i nostri rappresentanti e gli esponenti del gruppo etnico tedesco; proibì le scuole tedesche, licenziò e trasferì gli impiegati di tutti i rami, costruì la zona industriale, non certamente a scopo economico-sociale, ma politico, fondò e propagandò l'opera Combattenti e l'Ente Tre Venezie, che espropriarono moltissime proprietà austriache e germaniche portando nella zona cittadini di lingua italiana ecc. Tutto lo scopo era di minorizzare ed estirpare questa minoranza del gruppo etnico tedesco. Nonostante questa oppressione delle libertà politiche, della lingua, dei costumi, della economia, della tradizione, il nostro gruppo etnico si mantenne fedele alle tradizioni, fedele anzitutto al Creatore ...

MITOLO (M.S.I.) Celeste!

NICOLUSSI (S.V.P.) ... in cui sperava di avere almeno l'unico protettore. E di ciò se ne accorse del resto anche il regime fascista, perchè noi leggiamo nel diario dell'allora Ministro degli esteri, conte Galeazzo Ciano, in data 3 aprile 1938, le testuali parole: « Sarà bene di additare ai tedeschi del Reich la necessità di riassumersi le loro genti dell'Alto Adige, perchè siccome il Sudtirolo geograficamente è dell'Italia e non si possono rimuovere monti e fiumi, dovranno essere estradati gli uomini ». Ciò fu nel 1938, perchè nonostante l'oppressione si vede che il problema era persistente ed esistente, com'è ancora. Ciò che a Galeazzo Ciano non è riuscito nel 1938, è riuscito il 23 giugno 1939, cioè quando Hitler, che stava preparando la guerra contro la Polonia, ha ceduto alle insistenze ed ha firmato il trattato e la convenzione delle opzioni. Con questo trattato o convenzione il gruppo etnico fu messo in un dilemma con brutali ed incivili conseguenze. Questo gruppo etnico, che da un lato amava la sua libertà e credeva

di trovarla oltre il Brennero, amava pure la propria terra e a una di queste due cose doveva per ordine autorevole rinunciare. Venne la guerra, il problema dell'Alto Adige, del Südtirol, rimase mezzo sospeso, mentre i nostri giovani furono richiamati alle armi per la lotta iniziata in difesa delle libertà e di un migliore avvenire, per l'unificazione dell'Europa e contro il bolscevismo sovietico. I nostri soldati credettero ed i nostri soldati obbedirono così come obbedirono quando si andava alla conquista dell'Albania e dell'Etiopia. Non è nel carattere del nostro gruppo etnico l'anarchia, la disobbedienza; il suo carattere è la disciplina in se stessa, l'obbedienza alla autorità, dalla quale però aspetta il riconoscimento dei propri diritti e delle proprie richieste.

I migliori anni di questa gioventù furono spesi in guerra, con la loro salute e la loro vita. Pur tanto questa gioventù sempre pensava e sperava che almeno il loro sacrificio sarebbe stato di giovamento alla propria terra natia, e che per questa terra natia in un'epoca di pace e di distensione degli attriti sarebbe venuta la libertà. Guerra, come sappiamo, terribile, guerra dura e sanguinosa, di distruzione, contro donne e bambini, contro i vecchi e gli ammalati, guerra che dette ai soldati che si trovavano in Russia, in Norvegia, in Africa, in Italia, in Francia, nei Balcani almeno una unica scienza, un unico bene duraturo, e cioè i suoi difetti, la scienza che ogni popolo deve essere rispettato così com'è, la scienza anzitutto che non si deve odiare perchè l'odio produce solo odio e nulla di costruttivo. E ciò lo dico perchè mi sembrava sentire dalle parole del collega anche di professione Mitolo, un certo odio verso di noi, odio che detesto, che detesto quanto lo detestiamo tutti noi sudtirolesi, perchè nell'odio non troviamo la salvezza, non troviamo certo la soluzione del nostro problema, ma solo nell'amore e nel rispetto vicendevole troveremo la possibilità di arrivare ad una pacifica risoluzione dei nostri problemi e delle nostre vertenze.

Eccoci nel 1945 su questo continente tutti vinti e tutti con addosso le piaghe lasciateci dalla guerra, tutti in preda alle cosiddette grandi Potenze che decretavano il nostro destino, ma ecco sorgere pure in quel lontano 1945, nei popoli vinti d'Eu-

ropa, dilaniati da due guerre insensate, il senso di una profonda e vicendevole comprensione sul piano della dottrina cristiana, una più profonda comprensione dei diritti naturali e dei diritti delle genti. Da questo spirito è nato il trattato di Parigi del 15 novembre 1946, frutto leale che fissa nello spirito e nella sostanza i modi come il problema del Südtirol deve essere risolto da parte dello Stato italiano. In tale senso in data 26 settembre 1946, cioè dopo la firma del trattato, il grande statista De Gasperi ebbe a dichiarare: « Non vogliamo solo proteggere le minoranze etniche ma inoltre dare a tutto il mondo un esempio di come in ogni paese devono essere garantiti i diritti delle minoranze ». Questa frase di De Gasperi ci dimostra lo spirito col quale lui ha apposto la firma sul trattato di Parigi da noi tante volte invocato per la esecuzione. I punti più salienti di questo trattato, i punti più decisivi sono i seguenti: 1) il riconoscimento agli abitanti di lingua tedesca della provincia di Bolzano e dei confinanti comuni della provincia di Trento della qualità di un gruppo etnico di minoranza garantita. — Non il singolo appartenente a questo gruppo etnico fu tutelato dal trattato di Parigi ma il gruppo in se stesso, ciò fu espressamente sanzionato. — 2) La concessione alla popolazione di tale territorio — territorio geograficamente ben definito — di una autonomia legislativa culturale ed esecutiva regionale; 3) la emanazione di speciali e apposite norme per la tutela del carattere etnico e per la evoluzione e lo sviluppo culturale ed economico del gruppo etnico tedesco. Questi sono secondo me i punti più salienti del trattato di Parigi i punti che praticamente ci indicano come con leggi, con statuti, con norme, il problema assillante, nato nel 1918, del Südtirol, deve essere regolato. Questo è il contenuto politico-ideologico del trattato di Parigi, basato sul diritto delle genti, sul diritto internazionale, sulla nostra Costituzione che con l'art.6 ci indica pure che per la protezione delle minoranze etniche saranno emanate norme speciali. Dal 1946, cioè allorquando fu firmato questo contratto, sono trascorsi oltre 10 anni, e oggi è nostro dovere e diritto domandare se al gruppo etnico fu dato quanto promesso solennemente nel trattato. Purtroppo la risposta è tuttora negativa. Fu dato

qualche cosa ma non fu dato secondo noi l'essenziale, non fu dato tutto e quindi il gruppo del S.V.P. in seno a questo consesso parlamentare è tenuto a ribadire la adempienza di quanto spetta al gruppo da loro democraticamente rappresentato. Nelle dichiarazioni programmatiche del capo gruppo del S.V.P. sono comprese le nostre vecchie legittime richieste. Già in partenza il trattato di Parigi non ebbe l'adempimento convenuto. Infatti mentre tale contratto prevede una autonomia locale, solo per la provincia di Bolzano e i comuni limitrofi tedeschi, appunto perchè il contenuto e lo spirito della convenzione fu la tutela del gruppo etnico tedesco che sta in tale regione, in tale provincia, il Governo abbinava la provincia di Bolzano in un'unica regione con la provincia di Trento dando alla regione la quasi esclusiva potestà legislativa.

Nella regione però il nostro gruppo etnico rappresenta una assoluta minoranza etnica e così i suoi diritti vengono ad essere lesi. Noi di certo non invidiamo affatto al Trentino una autonomia vera e propria uguale alla nostra, ma nel collegamento ci sentiamo lesi nelle nostre legittime aspettative perchè da un lato non ci viene data quella indipendenza autonomistica che la Regione soltanto, di cui siamo una parte, ci può dare, e dall'altro lato è comprensibile ed è logico che i trentini innanzi tutto cerchino di salvaguardare i loro interessi, forti della maggioranza etnica che difendono. Quindi non possiamo rinunciare a ribadire il nostro diritto all'autogoverno, alla propria autonomia, all'esecuzione del trattato di Parigi, alla esecuzione dell'art. 6 della Costituzione e dell'art. 14 dello Statuto, pur desiderando sempre e fermamente e sinceramente di cooperare su un piano democratico e libero nei diversi fattori con le genti del Trentino al fine di dare alle genti delle nostre due Province un migliore avvenire e un migliore benessere.

Da parte degli oratori che finora mi hanno preceduto ed hanno parlato su questo problema abbiamo dovuto sentire, come già ho spiegato nella mia premessa, rimproveri duri, che del resto si leggono spesse volte e quotidianamente in molti giornali di ogni colore politico, che tendono a null'altro che a discriminare nella pubblica opinione

italiana nazionale il gruppo etnico tedesco, solo perchè esso, sulle basi legali e leali che gli sono date, rivendica i suoi diritti, senza volere entrare in polemica spinta, che nulla produce ma solo inaspisce. Sento però il dovere di rispondere a certe accuse, a certe ingiurie fatte a nostro riguardo. Ci si dice: « Voi dite nulla di nuovo, nessun argomento nuovo portate alle vostre richieste ». Certamente, perchè fino a tanto che le nostre vecchie richieste basate sui diritti spettanteci dalla Costituzione e dallo Statuto e dal trattato non ci saranno date, dovremo continuare a ripetere e ad avanzare, noi, che siamo una minoranza, queste richieste ad ogni momento propizio e chiedere che finalmente si dia un termine all'esecuzione di queste richieste, che d'altronde non sono così inammissibili anche sul piano nazionale, come certi vorrebbero farci credere. Ci si dice che noi sudtirolesi, noi della S.V.P. in questo Consesso non crediamo neppure noi alle nostre richieste, e le avanziamo solo a scopo propagandistico, affinché il « Dolomiten » ne scriva per tenere in agitazione gli animi dei concittadini, che queste richieste sono sparate, propagandistiche, palloni gonfiati, che le nostre richieste non vanno prese sul serio, che si dovrebbe addirittura abolire il trattato di Parigi e dichiararlo incostituzionale. Noi come gruppo della S.V.P. in questo Consiglio dobbiamo protestare energicamente contro tali insinuazioni che a null'altro tendono che a renderci ridicoli. Noi crediamo veramente e fermamente sulla legittimità delle nostre rivendicazioni, e pretendiamo che queste rivendicazioni, queste nostre richieste, basate su titoli legali, vengano finalmente adempiute. Ci si dice che noi nell'Alto Adige ci isoliamo e non facciamo una politica autonomistica, che non siamo democratici. Signori Consiglieri, la forza del nostro gruppo etnico tedesco, la somma virtù di questo gruppo, è nella sua unità. Noi non abbiamo mai proibito a nessuno di aderire ad altri partiti, nè ciò possiamo fare, nè vogliamo farlo. Ma se un propagandista elettorale comunista, come ci raccontava il cons. Arbanasich, del nostro gruppo tedesco è stato impedito a svolgere un suo comizio, signori, ciò non è segno certo della nostra avversione specifica verso l'uno o l'altro partito in se stesso, ma intendetela come prova del-

la difesa di questa unità di questa minoranza, che solo nella sua unità può arrivare allo scopo, può arrivare cioè ad avere adempiute quelle richieste legittime che avete sentite lette in parte dal capo gruppo della S.V.P. in questo consesso.

MITOLO (M.S.I.): Perchè? Non sono tutte, quelle che ha letto? Solo in parte?

NARDIN (P.C.I.): La Torre Bianca di Bresanone?!

PRESIDENTE: Ho dovuto richiamarla all'ordine, lasciate parlare, non interrompete chi parla!

NARDIN (P.C.I.): Guardi che al Parlamento fanno interruzioni!

PRESIDENTE: Interruzioni non sono ammesse al Consiglio Regionale. Adesso la richiamo formalmente all'ordine. La seconda volta la pregherò di allontanarsi dall'aula.

NARDIN (P.C.I.): Per una interruzione, Presidente!?

PRESIDENTE: E' la seconda, legga il regolamento.

NARDIN (P.C.I.): Signor Presidente!

PRESIDENTE: Ma basta, cons. Nardin!

NICOLUSSI (S.V.P.): Noi come gruppo etnico, e sarà comprensibile a chi è di buona volontà, non vogliamo essere divisi, perchè riferendomi al vecchio detto latino « divide et impera », questo detto ci insegna quale preoccupazione dobbiamo avere se invece di un unico partito che difende il gruppo etnico della minoranza tedesca sudtirolese, avessimo più partiti: dove noi arriveremo? Perciò noi non ci isoliamo affatto, difendiamo la nostra unità ideologica, etnica, culturale, ed in ciò non si può vedere un isolamento dalla nazione e dal popolo statale in se stesso, perchè vorrei anzi affermare che sono gli altri che ci mettono nell'isolamento. Sono quelle forze purtroppo esistenti che ci mettono in un posto isolato, solo perchè noi siamo un gruppo etnico e non siamo nazionalità etnica italiana, e perciò ci trovano in contrasto con loro. Chi ci isola, signori Consiglieri, nella Regione e nello Stato di cui noi siamo e vogliamo essere

leali cittadini, e lo abbiamo sempre ripetuto, e se lo diciamo potete crederci, perchè non facciamo più parole di quelle che sono necessarie? Sono i nazionalisti di estrema destra, sono i giornalisti, i giornali di ogni specie che formano la pubblica opinione contro di noi, che ci stampano come dinamitardi minaccianti l'integrità dello Stato, minaccianti la pace del popolo italiano, che ci stampano come i rimasugli dei nazisti odianti gli italiani! Contro queste asserzioni vorrei dire solo una cosa: costoro si vergognino di ingiuriare con così grosse parole e così infondate bugie una minoranza...

MITOLO (M.S.I.): Leale . . . ! ! !

NICOLUSSI (S.V.P.): . . . perchè sanno che sono bugie! Perchè sanno che noi non teniamo nessun odio contro il popolo italiano, che lo rispettiamo e desideriamo solo una cosa, di essere rispettati noi dalla maggioranza del popolo italiano, il quale lo farebbe e darebbe il rispetto se non ci fossero quegli eterni agitatori che discriminano la minoranza etnica a cui appartengono. Noi invitiamo il popolo italiano a non dar credito a queste insinuazioni dettate solo da una volontà di dissidio e di invidia che creano il malcontento; invitiamo il popolo italiano, così come noi intendiamo le sue esigenze, a comprendere pure le nostre esigenze, a comprendere pure perchè noi lottiamo lealmente e legalmente. Ci si dice che la difesa, così come noi la intendiamo, del nostro gruppo e dei nostri diritti suona offesa alla nazione e perciò noi non possiamo pretendere comprensione da parte del popolo italiano. E' facile, è ben facile speculare con così grosse parole in danno nostro sul rispettabile e delicato senso patriottico del cittadino di lingua italiana, ma è, e lo si dica apertamente, cosa condannabile e deprezzabile tale speculazione. Noi non intendiamo lontanamente di offendere la nazione italiana ma pretendiamo il rispetto dei nostri sacrosanti diritti. E' forse una offesa alla grande nazione italiana di 50 milioni se da essa noi chiediamo l'adempimento degli obblighi assunti? se da essa si richiede il rispetto verso una minoranza etnica di 230 mila persone? se si chiede l'autogoverno promesso con trattati? se si chiede l'ammissione degli impiegati in tutti gli uffici? se si chiede l'esecuzione dell'articolo

14 dello Statuto, la emanazione di quelle specifiche norme di tutela previste dalla Costituzione e dal trattato di Parigi? se si chiede che il portalettere delle nostre vallate tedesche sia uomo della nostra gente o almeno che comprenda la lingua di coloro a cui deve portare le lettere? se chiediamo l'applicazione della legge sull'urbanesimo? Se ciò significa offesa alla nazione italiana non possiamo difenderci da una tale accusa, ma io invito tutti e anche i colleghi dell'estrema destra di dire al popolo italiano tutta la verità e null'altro che la verità sulla nostra situazione.

MITOLO (M.S.I.): Bravo!

NARDIN (P.C.I.): E chi li ascolta?

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): E dite innanzi tutto che la difesa dei nostri diritti non è un'offesa alla nazione italiana. Ci si dice inoltre che in contrasto alla Costituzione ci opponiamo all'immigrazione italiana nel Sudtirolo, che vogliamo formare un parco di riserva del nostro gruppo, che vogliamo germanizzare il Sudtirolo e tutta l'Italia probabilmente e che perciò siamo fuori legge. Di certo non sarà un peccato, non sarà un torto di amare la terra dove siamo nati, amare la terra e difenderla dove da oltre mille anni, egregio collega Mitolo, e cioè dal 680, immigrarono dalla Bavaria i nostri antenati.

MITOLO (M.S.I.): Immigrarono? Immigrava già il gruppo etnico?

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Dove sei arrivato tu. Questa terra che fu non occupata con la forza, ma fu coltivata da questi pionieri bavaresi che dal 680 l'hanno occupata. Non può essere un torto amare la terra dove si è nati e se siamo preoccupati per l'immigrazione abbiamo la prova che non vogliamo germanizzare l'Italia, il Trentino e l'Alto Adige, ma l'Italia vuole italianizzare questa terra costringendo i nostri figli ad emigrare all'estero in cerca di lavoro quando nella loro terra potrebbero avere lavoro. E se ciò affermo mi riferisco a quanto detto dal collega Paris, che a una domanda rivolta ai sindaci trentini costoro hanno detto: trovate lavoro per i nostri figlioli qui nel Trentino perchè coloro che emigrano sono i migliori di tutti. Così succede anche da noi perchè

non troviamo più lavoro. Noi deteniamo bensì i campi, le aziende agricole, ma nell'industria e negli impieghi ufficiali non troviamo lavoro, perciò dobbiamo andare altrove a guadagnare il pane, perdendo con ciò i posti. Su ciò che affermo vi vorrei dare alcune prove statistiche, non per giurare che le cifre siano esatte, ma all'incirca vediamo dove siamo arrivati.

MITOLO (M.S.I.): Che razza di statistiche esatte!

NICOLUSSI (S.V.P.): Adesso parlo io, se lei ha un po' di educazione mi lasci parlare Mitolo!

MITOLO (M.S.I.): Grazie alle statistiche esatte!!

PRESIDENTE: Vedete che cosa succede? Poi avremo un altro inconveniente come l'altra volta.

MITOLO (M.S.I.): Chiedo scusa, non parlo più!

NICOLUSSI (S.V.P.): Mi interrompe . . .

MITOLO (M.S.I.): Mi hai interrotto anche tu del resto!

NICOLUSSI (S.V.P.): Una volta, ma adesso è la terza volta che tu interrompi. Una volta ho scusato, ma la terza no! Prendo i dati del 1910, 1921, 1939 e 1953, non mi si dica che prendo solo quelli del 1910, tralasciando il resto. Nel 1910 nella provincia di Bolzano erano residenti 242 mila abitanti, di cui 235 mila tedeschi e ladini e 7000 italiani; nel 1921 vi erano 243 mila di cui 223 mila — eravamo già scesi di 10 mila abitanti — con 20 mila italiani. Nel 1939 nella provincia di Bolzano abitavano 337 mila abitanti con 256 mila tedeschi e ladini ed 81 mila italiani. Nel 1953 abbiamo 342 mila abitanti, in tutto con 227 mila, scesi di oltre 30 mila persone da parte tedesca e con 115 mila italiani: dal 1910 al 1921, al 1939 ed al 1953 la percentuale sale dal 3% all'8%, al 24%, ed al 34%. Se vediamo quello che interessa solo le città e le stesse cifre nei riflessi delle città di Bolzano, Merano e Bressanone abbiamo nel 1910 nelle città 58 mila tedeschi contro 3 mila italiani; nel 1921, 53 mila tedeschi contro 8 mila italiani; nel 1939, 49 mila tedeschi, contro 50

mila italiani; nel 1953, 33 mila tedeschi contro 84 mila italiani. La percentuale dal 1910, al 1921, al 1939, al 1953 sale dal 5%, al 14%, al 51%, al 72% in favore dell'immigrazione da parte del gruppo etnico italiano. Se guardando a queste cifre la nostra preoccupazione di perdere la terra natia sorge, non ce la potete tenere a male, signori Consiglieri. Dovete capire che noi siamo obbligati e responsabili verso questo gruppo etnico tedesco di reclamare, non un parco di riserva, perchè siamo capaci di lavorare anche noi e tanto stupidi non siamo da non capire l'evoluzione della tecnica industriale nel mondo e che anche noi dobbiamo accettare e la vogliamo accettare . . .

MITOLO (M.S.I.): Meno male!

NICOLUSSI (S.V.P.): . . . ma dovete capire che crediamo fermamente nella nostra terra e anzitutto dobbiamo dare lavoro alla nostra gente. A noi basta vedere in base e alla luce dei dati che ho letto che troviamo impiegati italiani nella zona industriale, certi commercianti, moltissimi liberi professionisti, anzitutto avvocati.

MITOLO (M.S.I.): Oh!! Fatto personale!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Che gli avvocati non siano coloro che meglio possono educare un popolo è mia cognizione da professionista della stessa specie.

MITOLO (M.S.I.): Ah! Parli per esperienza personale!?

PARIS (P.S.D.I.): E' una pessima stitope quella degli avvocati!

NARDIN (P.C.I.): Ottima autocritica!

MITOLO (M.S.I.): E' una vera autocritica!

NICOLUSSI (S.V.P.): Detto ciò vorrei affermare che non neghiamo a nessuno il diritto alla vita affermando solo una cosa: che il Governo faccia le zone industriali dove la gente che oggi deve lavorare è nata, dove dovrebbe rimanere, perchè sta meglio dove è nata, e costruisca le case popolari là dove questa povera gente è nata e dia lavoro a questa gente dove hanno avuto la loro culla. E non da oggi si dice che queste industrie create nella zona industriale di Bolzano siano

non tanto redditizie, perchè sappiamo anche se non lo vede Mitolo, che la società Magnesio non sta troppo bene.

MITOLO (M.S.I.): Chi te lo ha detto? Sta benissimo!!

NICOLUSSI (S.V.P.): Da quando? so che fu ventilato di regalare la energia elettrica perchè sta male; perchè si regala a chi sta male e non a chi sta bene!

MITOLO (M.S.I.): Guarda che ti hanno messo una polverina nell'acqua!

NICOLUSSI (S.V.P.): So che la Viberti, la Lancia ed anche la Magnesio hanno chiesto di potersi trasferire nelle città donde erano venute e che il Governo era contrario e che hanno avuto agevolazioni fiscali e sui trasporti. Ciò vuol dire che la situazione di queste industrie non è tanto forte.

MITOLO (M.S.I.): Le sopprimiamo!

NICOLUSSI (S.V.P.): Non sopprimiamo nulla noi, perchè non abbiamo nè la forza nè la potenza.

MITOLO (M.S.I.): Noi, noi!!

NICOLUSSI LECK: (S.V.P.): Nè vorrei sopprimere un'industria dove sono occupati dei lavoratori che io rispetto.

MITOLO (M.S.I.): Bravo!

NICOLUSSI (S.V.P.): Ma solo metteteli dove sono nati e fate là le vostre industrie! Certo che non vogliamo la nostra terra governata autonomamente per fare di essa una riserva indiana! La vogliamo per vivere e dare vita e lavoro anzitutto ai nostri appartenenti al gruppo etnico, il che naturalmente è logico. Il che è anche legale e leale, perchè il trattato di Parigi e lo Statuto prevedono ciò, e finalmente anche in questi grossi e salienti punti del problema si deve addentrarsi e tentare di risolverli. Perchè ci fornite ad esempio degli Sfronza, dei Battaglia, dei Vedovi, dei Conforti.

MITOLO (M.S.I.): Preferite i Vollger voi!!

NICOLUSSI (S.V.P.): . . . dei molti falliti che abbiamo nella provincia, e solo queste

quattro persone ci sono costate circa un miliardo di lire.

MITOLO (M.S.I.): Per cattiva amministrazione di un vostro Istituto!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Di chi era questo denaro? Dei piccoli risparmiatori della provincia di Bolzano! A questo riguardo devo pure entrare in una questione personale. Banale che sia l'accusa di snazionalizzazione da parte del collega Mitolo in riferimento alla mia persona e al nome che tengo, devo pure rispondere e non vorrei fargli una lezione di storia perchè tanto non attaccherà, però forse qualcuno degli altri potrà essere convinto.

MITOLO (M.S.I.): Come fai a saperlo?

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Nella nostra terra come sappiamo dalla storia dei tempi remoti c'erano i così detti Reti Romani, rimasugli ne troviamo ancora in Valle Gardena e in un Cantone della Svizzera. A Revarno le coorti italiane espugnarono non soltanto la nostra terra, ma tutta la Germania, la Francia; i romani dappertutto erano soldati.

MITOLO (M.S.I.): In Inghilterra.

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Anche in Inghilterra, non come civilizzatori, come agricoltori, ma come soldati. Quella grande potenza romana vi era. Avvenne l'epoca storica dell'emigrazione dei popoli e in Italia, nel Paese del sole, scesero i Goti, gli Ostrogoti, i Vescoti, i Visigoti, i Longobardi — anzi la Lombardia ha il nome dai Longobardi — i Saraceni più tardi e i Normanni nella Sicilia. Fra tutta questa gente che migrava c'era un piccolo popolo di Cimbri e di Teutoni, che furono battuti dai Romani ad Acque Sestie. La rimanenza di questo popolo si ritirò nelle Alpi, e da questo popolo battuto, ritiratosi nelle Alpi, furono fondati i 13 comuni del Veronese e i 7 comuni dell'Altipiano di Lavarone, Asiago, Luserna, dove tuttora questa minoranza, a Luserna almeno, parla l'idioma medioevale tedesco. Il nostro nome Nicolussi — e Leck sarà tedesco, speriamo — è italiano. Il nostro nome originario, cons. Mitolo, e vada a interessarsi, era Klauser e Trovera a Luserna.

NARDIN (P.C.I.): Mitolo era un Mittel.

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Arrivava la riforma di Martin Lutero e dopo il Concilio di Trento i vescovi di Trento misero i parroci italiani, e per arginare la riforma fatta da Martin Lutero in tutti i modi incominciarono a cambiare anche i nomi.

MITOLO (M.S.I.): Come i fascisti!!! (*ilarità*).

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Come i fascisti! Si vede che ogni tanto nella storia umana si arriva alle stesse conseguenze. Da lì derivano i nomi del 1400: da Klauser i Nicolussi, da Kaspar i Gasperi.

MITOLO (M.S.I.): Adesso mi spiego l'accordo De Gasperi - Gruber!!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Vada a Lavarone e nella Valsugana e cerchi i nomi germanizzati: da Lang in Lavarone i Longo.

Se lei ha letto l'«Adige», che certo non è il primo giornale che protegge la minoranza tedesca dell'Alto Adige, dell'ultima settimana, se non erro mercoledì, vi era un bell'articolo sul Conte di Castel d'Arco. Nel 1100 l'Arcivescovo Principe di Trento ha chiamato dalla Baviera un certo Hogen a fare il castellano ad Arco, e finalmente nella traduzione esatta da Bogen divenne Arco. Questi si scrive non in un giornale tedesco ma nell'«Adige» di Trento.

RAFFAELLI (P.S.I.): Domanda il nome in tedesco di Caminiti!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Questo per insegnare un po' al nostro consigliere e caro collega Mitolo un po' di storia locale...

MITOLO (M.S.I.): Locale, si capisce!

NICOLUSSI (S.V.P.): affinché non esploda in certe espressioni che sono poco delicate. Per forza maggiore una persona che non vuole fare il male a nessuno ma che non tollera di essere malmenata...

MITOLO (M.S.I.): Io ti ho malmenato? Perchè ti ho detto che hai un cognome italiano?

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Io vivo pacificamente. Perchè mi fai rimproveri inutili?

MITOLO (M.S.I.): Ma che rimproveri? Ho detto che hai un cognome italiano e ti sei sentito offeso.

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Adesso lo sai, devo aggiudicarlo alla tua ignoranza che non sapevi da dove derivava il nome di Nicolussi. Adesso lo sai, rispettami da ora innanzi.

MITOLO (M.S.I.): Non ti ho detto niente. Adesso capisco che sei discendente dai Cimbri!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.) Dai Cimbri. Infatti i vicentini ci chiamano Cimbri e loro sono Longobardi e sono arrivati più tardi, perciò ci chiamano Cimbri perchè siamo arrivati prima noi.

NARDIN (P.C.I.): E' una dichiarazione di appartenenza al gruppo etnico!

NICOLUSSI (S.V.P.): Tutto questo ho detto e vorrei invitare anche Mitolo a leggere il « viaggio di Goethe in Italia ».

MITOLO (M.S.I.): L'ho letto!

NICOLUSSI (S.V.P.): il quale scrive che a Trento a suo tempo si parlava metà tedesco e metà italiano.

MITOLO (M.S.I.): Anche a Bolzano!

NICOLUSSI (S.V.P.): Anche a Bolzano sapevano, come sanno oggi, l'italiano.

MITOLO (M.S.I.): Ma lo dice lui, Goethe!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Ognuno tragga da questo sguardo generale le conclusioni che vuole ma non certo quelle che noi stiamo germanizzando una provincia o un territorio. Ci si rimprovera inoltre con aspre parole che siamo poco riconoscenti, essendo stati civilizzati dagli italiani e resi ricchi dagli italiani che freghiamo poi con denaro.

MITOLO (M.S.I.): Come?

NICOLUSSI (S.V.P.): Tu hai detto « prima guadagnate e poi fregate con il nostro denaro ».

MITOLO (M.S.I.): Mai usate queste parole!

PRESIDENTE: Cons. Mitolo, la prego!

MITOLO (M.S.I.) Questo mi fa dire delle cose che non ho detto!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): « Prima prendete i soldi degli italiani e poi li fregate »; queste sono le testuali parole che mi sono segnate. Questa osservazione è una vera e propria e cosciente ingiuria. La nostra popolazione formata da contadini che detengono tuttora il 90% delle aziende, da commercianti, albergatori, piccoli artigiani, liberi professionisti, vivono lavorando senza fare scioperi, in pace e guadagnandosi la vita.

MITOLO (M.S.I.): Macchè scioperi, quello della Azienda elettrica lo avete fatto anche voi!

NICOLUSSI (S.V.P.): All'azienda elettrica non hanno scioperato i nostri, all'Azienda elettrica hanno fatto sciopero quando si volevano sostituire alcuni lavoratori tedeschi, allora . . .

MITOLO (M.S.I.): La scorsa settimana, andiamo!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): allora gli appartenenti al gruppo etnico italiano hanno fatto lo sciopero.

PRESIDENTE: Non accetti le interruzioni, Lei prosegua. Adesso incominciate a seccare!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): La nostra produzione ed esportazione di vino è di 300 mila ettolitri all'anno con un equivalente di 4 miliardi di introito, di circa 30 mila vagoni di frutta con 3 miliardi di introito, oltre 3 milioni di pernottamenti all'anno di cui circa 2 milioni di stranieri. In contrapposto abbiamo la zona industriale che impiega il 95% di italiani e tranne la Montecatini con un migliaio di lavoratori, la Falk con 1400, la Lancia con 1800, la Viberti con 150, la Magnésio con 700 lavoratori sono sempre in precarie e difficili condizioni finanziarie.

MITOLO (M.S.I.): Sono balle queste qui, tu lo sai!

NICOLUSSI (S.V.P.): Vai a controllare e vedrai!

PRESIDENTE: Lei è incorreggibile!

MITOLO (M.S.I.): Ma perchè deve dire delle cose false?

PRESIDENTE: Ogni Consigliere può dire quello che vuole. Nessuno ha diritto di interferire

su quello che dicono gli altri. E' libertà di parola dire quello che si ritiene da altri ingiusto.

NICOLUSSI (S.V.P.): Non eravamo del resto tanto incivilizzati e barbari da aver bisogno di essere educati?! Ma da noi l'analfabetismo non esiste da quasi 300 anni. Non abbiamo neppure bisogno e non vogliamo fregare alcun italiano...

MITOLO (M.S.I.): E no, macchè!!

NICOLUSSI (S.V.P.): ... perchè la terra ci dà lavoro e possibilità di vivere. Domandi lei al nostro Assessore agli affari sociali a chi deve elargire in gran parte gli aiuti, ai tedeschi o agli italiani? Secondo me è ridicolo! Noi non invidiamo a nessuno niente, ma si stia per lo meno attenti a non profferire certe grosse parole verso una minoranza solo perchè questa è minoranza e non può difendersi in quel modo come potrebbe e vorrebbe.

MITOLO (M.S.I.): Quale sarebbe questo modo?

NICOLUSSI (S.V.P.): Non sono obbligato a dirlo!

MITOLO (M.S.I.): Va bene, bravo, ne prendo atto che non lo dici. Con le bombe, come avete fatto!

NICOLUSSI (S.V.P.): Risponderò anche sulle bombe!

MITOLO (M.S.I.): Dicci il modo con il quale vuoi difenderla!

PRESIDENTE: Consigliere Mitolo, la richiamo ancora all'ordine perchè qui non andiamo più avanti.

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Perchè proprio da questi malintesi e da questo spirito discende il malcontento vostro innanzi tutto.

PRESIDENTE: Non rivolgetevi ai Consiglieri, dovete parlare al Consiglio.

NICOLUSSI (S.V.P.): Certamente nella nostra terra, come in tutta l'Italia, arrivano molti turisti italiani per passare le loro vacanze che pagano e tutti sono contenti. Noi li chiamiamo benvenuti, perchè così almeno questi italiani imparano a conoscerci ed imparano a vederci non come dinamitardi, come vuole Mitolo, ma come gente

pacifica e laboriosa. E l'Italia vive e gode per i milioni di turisti tedeschi; se su tre milioni di pernottamenti abbiamo due milioni di forestieri, chi sono questi forestieri?

NARDIN (P.C.I.): Cimbri!!!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Questi rimproveri che noi guadagnamo sono veramente fuori luogo e possiamo solo sperare che si tenga un po' in freno la lingua. Ci si dice inoltre che siamo noi del gruppo del S.V.P., i dirigenti del *Dolomiten*, i responsabili morali delle azioni dinamitarde o almeno i solidali morali con i dinamitardi stessi. Lo scopo di tali insinuazioni è evidente: mettere al muro i Consiglieri liberamente eletti, i dirigenti del S.V.P. e del giornale del gruppo etnico. Questo è lo scopo evidente: messa in scena criminale, condannare dei disgraziati la cui posizione giuridica dopo l'istruttoria fatta non conosco, come non conosco altro che uno di tutti questi. Giudicherà la magistratura, non noi. Giudicherà la magistratura in quel modo sereno e serio che è solita fare. Perciò non mi sollevo a paladino delle azioni di questa gente nostra che devo biasimare perchè con la forza brutale nulla si risolve. Ma vi domando: non avete mai pensato che questa gente agiva forse con una disperazione, con una esasperazione nell'animo: che questa gente ha rischiato la sua sicura posizione economica, la libertà, per compiere atti solo nell'inspiegabile fine di giovare forse alla causa della nostra terra?

MITOLO (M.S.I.): Li giustifichi?! Bene!

NICOLUSSI: Non avete mai pensato che forse questa gente agiva proprio in quel modo senza una guida?

MITOLO (M.S.I.): La aveva, ce l'aveva!!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Appunto perchè non crede più nei suoi rappresentanti che da 10 anni ripetono e richiedono di dar loro quello che è sanzionato in contratti, in Costituzioni e nello Statuto. Non avete mai pensato che abbiano agito in quel modo insensato perchè non credono che noi riusciamo con le nostre parole, con le nostre trattative, con la buona volontà e con la comprensione vicendevole di risolvere questo problema? Ci si dice che siamo la minoranza meglio pro-

tetta di tutto il mondo, con i migliori diritti del mondo e ciononostante abbiamo la sfacciataggine di lamentarci. Molto fumo e poco arrosto. Senza dilungarmi invito coloro che pensano che così sia, come si afferma, di studiare gli statuti speciali delle altre minoranze: della minoranza Eupen - Malmedy del Belgio, firmato l'anno scorso fra la Germania e il Belgio, e guardate che re Baldovino alla firma del Trattato è andato nel territorio di Eupen-Malmedy parlando in lingua tedesca ai suoi sudditi di lingua tedesca. Da noi finora non è mai arrivato un Presidente del Consiglio o il Presidente dello Stato, a parlarci, anche leggendo, un discorso in lingua tedesca. Vi invito a studiare lo statuto delle minoranze Schleswig - Holstein fra la Danimarca e la Germania, quello dell'Aaland fra la Finlandia e la Svezia, di studiarvi serenamente lo spirito con cui fu regolato il problema grave, più grave del nostro, della Saar fra la Francia e la Germania. Vi invito a leggere i giornali degli ultimi giorni in cui è scritto che lo Stato di Ghana allora colonia inglese della Costa Rica, della Costa d'Oro, ha avuto la sua indipendenza politica, indipendenza culturale ed economica, e che si sta studiando la risoluzione anche magnanimo del problema dei cittadini di Algeria e di Cipro, territorio dal punto di vista tattico e strategico importantissimo per l'Inghilterra e la Francia, e ciononostante devono arrivare a risolvere in un clima democratico il problema della gente di queste due terre.

MITOLO (M.S.I.): Infatti ne hanno impiccati diversi! A voi non è ancora successo niente!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Incominciate ad impiccarci, forse si arriverà più presto alla soluzione del problema!

NARDIN (P.C.I.): 300 mila morti in Algeria!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Il diritto naturale delle genti è indivisibile. Ci vuole solo la buona volontà per concedere a uno quello che gli spetta. La Francia ha sepolto il vecchio dissidio fra essa e la Germania risolvendo il problema della Saar in un clima europeistico. Arrivo alle mie conclusioni. Non è mio compito nè interpretare il memorandum austriaco, nè interpretare la risposta italiana, nè difendere lo Stato austriaco nè difen-

dere quello italiano, perchè tanto queste Potenze lo sapranno fare meglio di me, sono più forti di me. Purtroppo devo dire in nome del nostro gruppo etnico che la risposta italiana al memorandum austriaco per noi non era soddisfacente, anzitutto perchè non possiamo mai accettare la difesa, come vuole la risposta italiana, del diritto del singolo, dobbiamo fermarci sempre sulla difesa dataci per contratti e con i titoli del gruppo etnico a cui apparteniamo. Noi pertanto lotteremo in conformità alle dichiarazioni dette per l'adempimento degli impegni assunti, per il diritto indivisibile della gente, della nostra libertà etnica, nel decoro della giustizia e delle tradizioni e dei costumi e della nostra cultura, della nostra lingua. Lotta con i mezzi legali datici, che significa sempre progresso, significa la vita; in questa lotta, signori Consiglieri, le basi ideologiche che stanno alla base sono la fede nel Creatore che aiuta colui che cerca la giustizia e cerca il diritto, lo difende ed ama la sua terra. Nel Creatore al cui Figlio nel lontano 1809, durante la lotta di Andrea Hofer, contro Napoleone, ci siamo consacrati.

MITOLO (M.S.I.): E i bavaresi!

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Ed i bavaresi! Ci siamo consacrati. Base ideologica nostra è il cristianesimo, la cui massima di convivenza umana culmina nel comandamento « Ama il tuo prossimo come te stesso, aiutalo e rispettalolo ». Con questo amore verso il prossimo, senza prevenzioni, i 12 modesti Apostoli hanno conquistato il mondo. Noi perciò crediamo e speriamo che pure a noi Dio dia . . .

MOLIGNONI (P.S.D.I.): . . . di conquistare il mondo.

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): . . . la soluzione che attendiamo. Base ideologica nostra, della nostra lotta è l'amore sacrosanto alla nostra terra natale, alla nostra lingua, alla nostra cultura tradizioni e costumi, alla nostra libertà. Il Creatore ci ha dato questa terra, bella e piena di sole, i nostri avi da millenni amandola l'hanno dissodata con il loro sudore ed il loro lavoro e noi abbiamo il dovere di conservarla ai nostri figli. Come detestiamo ogni forza, confidiamo nella religione nostra e vostra, nella ragione e ci confessiamo con la massi-

ma del grande Poeta: « Erst gehörst du deinem Gotte, ihm zunächst der Heimat Erde ».

MITOLO (M.S.I.): Deo gratias!

NICOLUSSI (S.V.P.): Grazie del complimento! Diventi sempre più sensibile!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): La traduzione dell'ultima frase!

NICOLUSSI (S.V.P.): « Prima appartieni al tuo Creatore e poi alla tua terra! ».

PRESIDENTE: Capisco come i Consiglieri siano stanchi, perchè ognuno è stanco nel sentire i discorsi degli altri. Però se non ci sopportiamo a vicenda possono anche sorgere degli inconvenienti, per i quali ho dovuto già richiamare dei Consiglieri. L'interrompere il Consigliere che parla è sempre un cattivo costume, perchè urta colui che parla e succede qualche volta qualche cosa di spiacevole. Non è mai successo ma potrà succedere, per cui pregherei di lasciar parlare e poi, se vi sono ragioni, si chiede la parola. Vedo che sono pochi quelli che domandano la parola. Cons. Kessler.

KESSLER (D.C.): Parlo sul bilancio, non parlo di storia, geografia, ma sul bilancio. Voglio anzitutto riferirmi all'intervento del Presidente della Giunta provinciale di Bolzano di stamane e precisamente per quanto egli ha detto nei riguardi dei fondi che la Regione stanziava a favore delle Province a termine dell'art. 70 dello Statuto. Devo anzitutto concordare con lui nell'ammettere che il fondo stanziato anche su questo bilancio è indubbiamente modesto, vorrei dire troppo modesto per le esigenze delle Province. Naturalmente Pupp si è riferito alle difficoltà economiche, alle necessità economiche della Provincia di Bolzano. Se queste maggiori necessità ha la Provincia di Bolzano e quindi chiede maggiori stanziamenti, voglio subito dire che basterebbe consultare un po' il bilancio della Provincia di Trento per accorgersi quanto maggiori siano le necessità della provincia di Trento. Quindi su questo punto concludo concordando con il Presidente della Giunta Provinciale di Bolzano che indubbiamente quel fondo ci sembra insufficiente perchè le Province possano svolgere le loro funzioni.

Vorrei aggiungere su questo tema un'ulterio-

re parola, e cioè a riguardo della ripartizione; il criterio della ripartizione di questi fondi è stabilito dalla legge stessa, non c'è che da invocare la applicazione della legge come è stato fatto finora. Voglio solo richiamare l'attenzione della Giunta Regionale su quella clausola che accompagna sempre la ripartizione, la clausola « salvo conguaglio ». Sarà difficile eliminare questa clausola perchè i conti esatti si possono fare solo alla fine. Però, a forza di « salvo conguaglio », dai dati che abbiamo risulta che la Provincia di Trento è in credito nei confronti della Provincia di Bolzano di 100 milioni 545.000 lire. Ora dico, sì, va bene il conguaglio, ma deve arrivare il momento in cui questo conguaglio sulla scorta dei dati che abbiamo, viene fatto. Questo non per amore di polemica, ma per la grande necessità che la Provincia di Trento ha delle sue finanze, necessità a cui questo anno ha dovuto sopperire con mutui. Non è giusto che noi si debba assumere mutui molto onerosi quando abbiamo un credito di 100 milioni nei confronti della Provincia di Bolzano. Quindi inviterei la Giunta Regionale a porre su di un piano più concreto per il prossimo anno questa ripartizione e a voler cominciare a fare il conguaglio. L'ultimo conguaglio è stato fatto nel 1951, ed era un conguaglio a favore di Bolzano, a scapito di Trento. Quindi mi pare molto equo che questo conguaglio venga fatto anche adesso. Con questo, per ciò che concerne l'argomento articolo 70 che interessa le due Province, vorrei svolgere alcune considerazioni sul tema della discussione generale del bilancio. Dai vari interventi che si sono susseguiti, almeno di quelli che hanno parlato del bilancio, mi pare di aver rilevato una nota comune a tutti, una nota critica in base alla quale l'impostazione di questo bilancio comporterebbe o per lo meno renderebbe evidente una aperta sperequazione fra i fondi che sono stati assegnati alla agricoltura ed i fondi assegnati in modo particolare alle attività industriali e commerciali. Non è che io voglia a questo punto ritornare sullo argomento dell'agricoltura, che mi pare sia stato abbastanza soddisfacentemente trattato nella scorsa settimana. Vorrei solo dire questo: sarebbe un grave errore per noi, un errore economico, oltre che politico, quello di voler dedicare una particolare attenzione e cura ad un settore eco-

nomico trascurando qualche altro settore. E' evidente che, come ogni organismo, la Regione deve curare tutti i settori economici, perchè da questo armonioso funzionamento dei vari settori ne nasca una vera vitalità. La sperequazione fra questi due settori ritengo che sia stata rilevata nell'intento di dover desumere da questa una tendenza e uno spirito che ha animato la Giunta Regionale nell'impostare questo bilancio; a mio modo di vedere, si vorrebbe trarre da questi dati la convinzione che la Giunta Regionale sia molto poco sensibile ai problemi dell'industria e del commercio; anzi scendendo sul terreno più politico, si vuole trarre da questa impostazione la convinzione o la dimostrazione che i partiti della maggioranza hanno paura del cosiddetto proletariato di quassù, in quanto l'industrializzazione porterebbe un pieno sviluppo del proletariato stesso. Vorrei proprio affermare che i partiti di maggioranza non hanno paura del proletariato, personalmente poi provengo da quella categoria e quindi ancora meno ne ho io. Ma vorrei dire un'altra cosa. Si è parlato di industrializzazione, a me pare, con una certa facilità, come se fosse l'argomento più facile a trattare e più facile a realizzare. Credo che se ci sono difficoltà, e ce ne sono in tutti i settori economici, ma se ci sono vere e grosse difficoltà le troviamo proprio sul terreno della industrializzazione. La Regione non dispone della bacchetta magica per creare l'industria. E' facile parlare di ciminiere, di sirene, ma non credo sia facile creare e rendere vitali queste industrie. Direi anzi che oggi la Regione, in questo momento, non è ancora matura per poter, non dico intervenire direttamente, ma neanche per poter procedere su vasta scala a un trasporto di industrie esterne nella regione. Anzi direi che per ora la Regione farebbe già una cosa seria se cercasse di attivare le industrie che ci sono, di sviluppare quelle che ci sono in loco, sapendo vagliare e distinguere fra quelle che sono sane e quelle che non sono sane, perchè qualche esperimento mi pare che sia stato fatto anche qui nel Trentino di trasporto e trapianto di industrie esterne nella nostra regione, e qualche volta ha dato risultati catastrofici. Perchè è facile trasportare industrie, ma bisogna tenere presente che le industrie sane e buone sono cercate dappertutto e trovano posto dap-

pertutto per potersi sviluppare, quindi le industrie poco sane ed in gravi difficoltà è facile che vengano da noi quando le cerchiamo, per poi lasciare certi fallimenti che anzichè aiutare lo sviluppo dell'impiego della mano d'opera, aiutano proprio a creare ulteriori disagi. Quindi dico che la Regione in questo momento non deve intervenire su vasta scala a far trapiantare qui industrie da fuori, ma sarebbe ormai qualche cosa se potessimo realizzare il potenziamento di quelle che ci sono. A questo proposito vorrei vedere di esaminare spassionatamente, serenamente, l'opera della Giunta Regionale: sia l'opera svolta in questi ultimi anni, sia il programma per i prossimi anni, per vedere se in questo settore veramente abbia intenzioni serie, se abbia contribuito o meno a questo problema. Per la industrializzazione occorrono delle premesse, premesse che qualche anno fa indubbiamente non c'erano. La prima premessa per l'industrializzazione o comunque per camminare nel senso giusto su questo settore era quella di avere dei dati, un censimento delle nostre possibilità, un censimento delle energie in loco, un censimento delle necessità. E, cosa che non era mai stata fatta per il passato, qui la Regione ha svolto uno dei più intelligenti compiti nell'iniziare, ancora appena nata, a studiare e a far studiare da tecnici competenti le nostre condizioni ambientali, le nostre possibilità e necessità. L'Ufficio studi della Regione è stato creato per questo scopo, ha lavorato molto, ha lavorato sodo specialmente in questi ultimi anni e tutti re abbiamo la prova anche dai fascicoli e dagli studi che ci vengono consegnati. Oltre a questo è stata fatta una inchiesta apposita sulla industrializzazione che dovrebbe essere la premessa, cioè la conoscenza del campo sul quale dobbiamo muoverci. Ritengo che senza questa opera non sarebbe possibile dare vita a certe iniziative, per lo meno non sarebbe possibile dare vita ad iniziative senza conoscere quali e quante potranno essere le conseguenze, quali potranno essere gli elementi di successo o meno. Una seconda premessa per l'industrializzazione, come è da noi concepita, è indubbiamente quella della disponibilità di energia elettrica. E' evidente, e indubbiamente le mie affermazioni non hanno il carattere dell'originalità, se dico che non si può parlare di industrializzazione in Regione se

in loco non potremo disporre di molta energia. Ora che cosa ha fatto la Regione in questo settore? Direi che è stato proprio uno dei problemi maggiormente studiati dalla nostra Regione, il problema al quale ha rivolto la sua attenzione fin dal suo nascere, quello di creare organismi che potessero mettere a disposizione l'energia. Sta a provare quello che dico l'« Avisio », dove la Regione è intervenuta con una parte preponderante, proprio al fine di poter creare e mettere sul mercato nostro dell'energia elettrica anche a basso costo. Questo riguarda il passato; per ciò che riguarda il futuro basta vedere la relazione del Presidente della Giunta Regionale per accorgersi con quale attenzione la Giunta Regionale sia vicina e cerchi di sviluppare, di aiutare ed appoggiare tutte le iniziative che riguardano la creazione di nuovi impianti idroelettrici che possano immettere nel nostro mercato energia. Questo è uno dei settori particolarmente studiato e trattato dal Presidente Odorizzi, che lo riserva a sè stesso quasi fosse il principale. Penso che bisogna proprio fare così, perchè se non potremo mettere sul mercato e non potremo procurarci grosse disponibilità di energia, saranno vani tutti i discorsi che facciamo di industrializzazione della Regione. In secondo luogo i mezzi finanziari. Altra premessa, per lo meno altra condizione perchè si possa sviluppare l'industrializzazione, sono i mezzi finanziari di cui sappiamo benissimo che la nostra Regione non abbonda, come del resto nessuna Regione italiana, ma si fa presto a parlare di iniziative e di fantasia. La fantasia può servire a molte cose, ma se si vuole realizzare queste iniziative ci vogliono i mezzi finanziari, occorre trovarli. A questo proposito dico che anche in questo settore la Regione è intervenuta in questi anni con diligenza ed una certa larghezza di vedute, molto più in fretta di quello che non sia avvenuto in molte altre Regioni d'Italia, con la costituzione dell'Istituto di medio credito, istituzione indubbiamente benemerita, istituzione che è stata un po' copiata. Non è che la nostra sia stata la prima, ma adesso si va estendendo a tutte le regioni italiane, perchè ci si è accorti che senza un istituto a medio termine, anche per la situazione bancaria attuale derivante dalla legge bancaria del 1936, non era possibile pensare al finanziamento della ricostru-

zione e poi allo sviluppo ed al potenziamento industriale.

Il Medio credito, lo sappiamo, aveva a disposizione un fondo di dotazione di 1600 milioni: fino ad oggi ha però fatto investimenti per 3 miliardi e 50 milioni circa, cioè ha potuto superare e quasi raddoppiare la sua dotazione iniziale, ed anche questo è stato merito del Medio credito, il quale ha finanziato 66 nuovi impianti industriali. Noi andiamo a dire che l'industrializzazione non si fa, ma questo è un dato di fatto: 66 nuovi impianti industriali di non grossissima proporzione sono stati finanziati dal Medio credito trentino, ed oltre a questi sono stati finanziati 87 ammodernamenti ed ampliamenti di impianti già esistenti. Vorrei dire che proprio la funzione principale iniziale di questo Medio credito trentino dovrebbe essere questa, in armonia con quello che ho detto prima: sviluppare le industrie che abbiamo, piccole e medie, ma soprattutto le piccole che sono generalmente industrie sane, perchè hanno alla testa degli imprenditori che hanno cominciato da sè e quindi sanno che cosa significa lavorare con i propri mezzi ed hanno fatto una certa esperienza sul corpo proprio. Questa è la migliore garanzia per lo sviluppo dell'industria, perchè molte aziende con il denaro pubblico creano una certa allegria che molte volte non è proprio la migliore garanzia del risultato.

Oltre al Medio credito, proprio recentemente è stato creato nella Regione il FIR, società finanziaria industriale, indubbiamente nata con capitale iniziale molto modesto e non potremo attenderci dal FIR grossissimi interventi, ma vale la pena sottolineare come anche in questo settore ci si sia mossi ed anche qui la Regione si sia preoccupata di creare lo strumento necessario per lo sviluppo delle nostre industrie e il potenziamento delle nostre aziende. Se c'è un augurio da fare a questo proposito è quello che la dotazione iniziale di questa società venga possibilmente aumentata in maniera tale da poter meglio operare e operare più adeguatamente. Oltre a questo non possiamo dire che la Regione si sia fermata soltanto qui nel settore dell'industrializzazione. Sono state fatte agevolazioni agli imprenditori: la recente legge, l'ultima legge della Regione che dà fi-

nanziamenti ad un tasso modesto, potrà permettere un maggiore sviluppo industriale, potrà permettere un potenziamento delle industrie che ci sono, non dico la creazione di nuove, ma perlomeno rendere solida la situazione di quelle che abbiamo. Anche qui se c'è un augurio da fare è soltanto quello che si possa anche in seguito rifinanziare questa legge, perchè possa operare più agevolmente. E' in animo dell'Assessore dell'industria, come è detto nella relazione, di studiare i mezzi per poter aiutare i comuni a reperire aree industriali, per poter creare quell'ambiente di appoggio per l'eventuale venuta di nuove industrie. Così pure un altro degli incentivi — si potrebbero proprio chiamare incentivi — alla venuta di nuove industrie, perchè non bisogna attirarle con troppi allettamenti, però creare quell'ambiente confacente, è doveroso farlo e si ha in animo di fare, è quello di mettere a loro disposizione dell'energia elettrica veramente a basso costo. Quando ci fossero queste condizioni ambientali credo non dovremmo insistere molto per trovare anche delle industrie, logicamente di medie o piccole proporzioni, che vengano ad operare nella nostra regione.

Indubbiamente perchè in regione si possa dare vita ad un grande piano di industrializzazione manca, secondo me, la premessa vorrei dire psicologica. Manca nella popolazione quel criterio e quella convinzione di mettere il proprio piccolo capitale, i risparmi sul mercato finanziario. Ora la Regione, l'ente pubblico, potrà intervenire e potrà aiutare a fare molto, ma indubbiamente l'unico sistema per creare e per raccogliere i grandi mezzi finanziari che occorrono per le grandi imprese industriali è sempre quello di attingere al mercato finanziario che da noi non c'è, perchè da noi è difficile convincere la nostra gente ad acquistare azioni con quelle 5 mila lire che risparmia. E' più facile che vada alla Posta, che faccia un buono postale fruttifero, perchè così è la mentalità della nostra gente.

PARIS (P.S.D.I.): O alla Cassa di Risparmio!

KESSLER (D.C.): Anche alla Cassa di Risparmio, ma le Banche sono sempre obbligate a immetterlo nel processo produttivo, mentre loro lì è ben difficile. Un altro fattore che ritengo necessario per creare quelle premesse e l'ambiente favo-

revole alla formazione delle nuove industrie e allo sviluppo delle presenti, è quello dell'istruzione professionale. In questo settore molto è stato fatto, ma molto rimane da fare ancora. Le Province, sia di Trento che di Bolzano, si stanno muovendo in questo settore con sacrifici non indifferenti, ma credo sia il caso di affermare, l'abbiamo visto nella compilazione dell'ultimo bilancio nostro, che non abbiamo i mezzi. Con tutte le materie di istituto che abbiamo è difficile per noi trovare i mezzi per la istruzione professionale, per lo meno mezzi adeguati. A questo proposito vorrei riconoscere una critica che è stata fatta dalle minoranze, da qualche settore dove...

PARIS (P.S.D.I.): Dall'opposizione!

KESSLER (D.C.): Dall'opposizione, va bene!... in base alla quale non pare neanche a me che sia molto produttivo ed esatto che l'Assessorato regionale delle attività sociali debba fare l'istruzione professionale per aiutare i disoccupati. Cioè non mi va quella combinazione, assistenza ed istruzione professionale, la quale ultima è una cosa seria, molto seria, una cosa autonoma, nella quale dobbiamo anzitutto trovare un certo coordinamento, dobbiamo trovare i mezzi, trovare un sistema che indubbiamente non potrà mai essere una sistemazione assistenziale. Non dico che non debbano essere aiutati i disoccupati, tutt'altro, ma bisognerebbe trovare una formula per cui questa istruzione professionale non sia fatta così per dare un aiuto, perchè si capisce da questo che non potrà essere molto seria, nonostante gli sforzi e la buona volontà dell'Assessore. A questo proposito vorrei dire un'altra cosa: secondo me, un'altra necessità perchè si possa addivenire ad una maggiore industrializzazione è proprio quella di trovare un mercato di smercio ed un mercato di assorbimento dei vari prodotti. A questo proposito il discorso mi ritorna sull'agricoltura e voglio dire che appunto c'è dell'armonia dal nostro punto di vista fra i settori agricolo, industriale e commerciale, perchè il potenziamento che noi stiamo cercando di attuare con tutti i nostri mezzi a favore dell'agricoltura serve proprio all'industrializzazione. Non so, potrebbe sembrare una eresia, ma dico che finchè non avremo elevato il tenore di vita delle popolazioni contadine, finchè non avremo dato la possibilità di maggiore acquisto

e maggior capacità di acquisto in mano ai nostri contadini, sarà la produzione industriale che non troverà qui il naturale mercato di assorbimento, che deve essere il mercato regionale. Da questo punto di vista mi pare proprio che il reparto dell'agricoltura rappresenti il retroterra necessario per un'eventuale industrializzazione ed un ulteriore sviluppo della nostra industria. Queste mi sembrano, così anche molto sommariamente, le necessità ed i bisogni cui dobbiamo cercare di sopperire se vogliamo fare qualche cosa di concreto nel campo dell'industrializzazione, e per concreto intendo non i discorsi, non questo continuare a sollevare il problema, ma veramente andare alla ricerca seria e concreta dei mezzi per poterla attuare. Per ciò che riguarda il commercio ed il turismo anche qui si è detto che l'intervento della Regione è troppo esiguo, che anzi sembrerebbe che non fosse stato fatto niente. Non è vero, la Regione intervenuta anche nel settore dei commercianti con la legge n. 14, che a detta di tutti, a cominciare dai commercianti, è stata una legge molto felice, che ha aiutato molti. La legge indubbiamente non è fatta solo a favore dei commercianti, ma a favore del turismo in genere. C'è una proposta di legge per il rifinanziamento di questa legge, per un nuovo importo di 200 milioni, che dovrebbe permettere un ulteriore investimento di 1300 milioni circa. Ora, nel settore commerciale credo che non si potesse intervenire più di così; non solo nel settore del commercio ma anche nel settore dell'industria turistica. Questo, anche per il modo rapido e agevole con cui la legge è stata applicata, è proprio un buon elemento. Se sarà così anche per la prossima legge saranno nuovi investimenti abbastanza sensibili che verranno fatti nella regione e serviranno a sviluppare il commercio e serviranno anche ad abbellire la nostra regione ai fini turistici. In questo settore il discorso si porta sempre sul passato, su quello che è stato fatto vorrei far giustizia di certe affermazioni fatte qui dentro in base alle quali la nostra politica regionale negli ultimi anni non è valsa a niente, che il bilancio è cosa poco elastica, che è un continuo ripetersi di stanziamenti. Non so, vorrei che da parte dell'opposizione venisse, oltre a questa critica che potrà essere buona, anche la proposta del come poter ridimensionare queste

cifre, come poterle impostare, e fino a questo momento nessun Consigliere dell'opposizione lo ha fatto. Vorrei ricordare la Centrale ortofrutticola, un'altra iniziativa a carattere generale, una iniziativa economica abbastanza potente anche se non sufficiente per far fronte alle necessità concrete, che è stata in maniera preponderante attuata dall'ente Regione. La centrale che serve per la vendita, per il collocamento dei prodotti agricoli, ma che serve anche per il commercio. E difatti la necessità di volerla ampliare nel primo anno e la necessità che si vede oggi di doverla ulteriormente ampliare, danno la dimostrazione della bontà di questa iniziativa. L'Assessore competente ha poi ormai reso noto l'intenzione di presentare un apposito disegno di legge, anzi fra i fondi di riserva stanziati nel bilancio regionale c'è anche l'apposito stanziamento per intervenire a far parte del consorzio di Bolzano, per la creazione moderna dell'aeroporto di Bolzano. Anche questa è un'iniziativa che va a beneficio delle categorie industriali, commerciali e turistiche. Quindi anche in questo settore non è esatto e giusto dire che non ci muoviamo, che siamo immobili: mi pare che ci stiamo muovendo e su un terreno e su direttive che, secondo me, sono di progresso. Qui a Trento è nata la centrale del vino, ulteriore iniziativa a cui la Regione dà dei contributi. Anche questa iniziativa vale per il nostro settore agricolo soprattutto per la tipicizzazione dei nostri vini, ma vale inoltre per il settore commerciale, perchè dobbiamo creare questi organismi che possano collocare sul mercato interno ed estero i nostri vini così come meritano perchè sono vini buoni.

A proposito proprio del commercio e del collocamento della nostra produzione all'estero, mi pare buona la proposta, per ragioni di obiettività, avanzata da Paris. Non so se sia mai stato fatto dalla Regione: quella di tentare di porre sui principali mercati esteri dei nostri rappresentanti: fare un esperimento con uno per vedere se va: se va continuare, se non va non continuare, perchè qualcuno dei nostri che conosca bene il mercato estero stia ad esaminare sul posto le possibilità di smercio sia dei nostri prodotti agricoli, sia dell'artigianato, il quale trova difficoltà di collocamento. Potrebbe darsi che attraverso questa gente in loco

che conosce la situazione e studia le possibilità si potessero trovare sbocchi alla nostra produzione. Questa mi pare una proposta che avrebbe anche il vantaggio di poter innestare su questo principale scopo anche l'altro di informazione turistica. Non abbiamo i nostri uffici turistici all'estero e d'altra parte si vede, anche venendo dall'interno, come il turista estero ci arriva attraverso le agenzie, attraverso gente che ci ha fatto conoscere si potrebbe innestare in base a questa iniziativa anche l'attività di informazioni turistiche per cercare di accaparrare il maggior numero di turisti esteri. Questo dovrei dire per obiettività. Così volevo occuparmi soprattutto di questo settore, che era il settore industria commercio e turismo. Non avrei altro da dire; vorrei solo sottolineare che, esaminati obiettivamente gli stanziamenti, il bilancio della Giunta Regionale non mi pare che sia così immobilistico, così statico come ci si vorrebbe far credere. E' evidente che le cifre sono aride, ma se attraverso questi interventi esaminiamo poi quello che è stato fatto in passato e quello che si potrà fare in futuro penso che un disegno generale di sviluppo all'interno di questo bilancio lo si trova. E' indubbio che uno sviluppo economico della nostra regione richiederebbe un intervento molto più massiccio di quello che si fa attualmente, ma bisogna tenere presente che le disponibilità di bilancio sono quelle che sono e noi dobbiamo muoverci all'interno di questa cornice con molti desideri e poche possibilità. A questo proposito dico che è necessario che andiamo a cercare mezzi straordinari al di là del bilancio, ed anzi posso dire che questa preoccupazione non è da oggi della maggioranza e della Giunta Regionale e si stanno cercando mezzi straordinari, che però non è facile trovare. Non appena questi mezzi straordinari saranno trovati sarà facile, più facile, poter presentare un piano di interventi più massicci, un piano di interventi più completo, ma d'altronde è evidente che finché questi mezzi non li avremo trovati non possiamo fare un piano che sarebbe destinato fatalmente a rimanere sulla carta. D'altra parte agendo in questa maniera ci pare che sia il modo migliore per cercare di dare attuazione nella nostra regione al piano Vanoni, perchè se non si comincia ad applicarlo e cercare di realizzarlo nelle sin-

gole regioni italiane credo che sia ben difficile arrivare a realizzarlo, come è stato proposto, in sede nazionale. Se cominciamo a dare il buon esempio noi in questo settore sarà un'opera non solo nell'interesse della popolazione della Regione, ma un'opera meritoria nei riguardi del Paese intero!

PARIS (P.S.D.I.): Prendo la parola brevemente per ribadire certe affermazioni, anche perchè è ormai costume — e speriamo di riuscire a convincere la maggioranza che non è il migliore dei modi per l'economia della discussione — che quando prende la parola il Presidente della Giunta « ipse dixit », bisogna accettare e basta. Fino adesso è stato così, scovò poi nel Regolamento il modo — se questo è necessario — di riaprire la discussione attraverso qualche accorgimento. Ora per quanto riguarda le affermazioni della S.V.P., dirò che ho ascoltato con attenzione e con grande piacere il discorso di Nicolussi, dove c'erano accenti di sincerità e dove si è intravisto un modo, con la sua dichiarazione, di intavolare la discussione su questi problemi e una volta uscirne in modo che tutti possano essere contenti, e si è contenti quando si è misurati nelle cose. Nell'esame e nella risoluzione di questi problemi non vi devono essere nè sconfitti nè vincitori; sempre si riesce ad arrivare ad un accordo quando tutte due le parti sono disposte a rinunciare a qualche cosa per arrivare ad un compromesso lodevole e dignitoso per tutti. Mi pare che dalle affermazioni del cons. Nicolussi, credo di essere anche qualificato per dire qualche cosa in merito, perchè se vengono letti tutti i miei interventi di questi otto anni, vedrete che una parola fuori posto non c'è stata mai, ma sono sempre stato mosso dalla volontà precisa di non urtare mai nessuno ed avere comprensione anche per i problemi del gruppo di lingua tedesca. Quando in merito all'industria non si dice più smantellamento, ma bensì si dice « no smantellamento perchè ci sono operai che vivono e che traggono il pane per le loro famiglie », allora arriviamo su posizioni diverse, non così estremistiche; quando dice « intendiamo convivere con il gruppo etnico italiano in armonia, proficuamente e per il bene di tutti pur nella salvaguardia dei nostri diritti provenienti da una diversa appartenenza al gruppo etnico », qui ci sono parole innovatrici. E mi è piaciuto l'inter-

vento del mio compagno di gruppo Arbanasich quando diceva che ci sono due gruppi di diritti, quello che a voi del gruppo etnico tedesco proviene dal Patto di Parigi e quindi dallo Statuto, e quel gruppo di diritti connesso ai doveri che provengono dall'osservanza della Costituzione comune a tutti quanti. Ora nel rispetto dei diritti e nella esecuzione dei doveri credo sia possibile trovare un modo di convivenza perchè ho detto ancora che altrimenti noi, e ho sentito molte volte qui accenti di sincero europeismo, daremo l'aspetto più negativo a questa nostra aspirazione di riuscire ad affratellare i popoli d'Europa, cioè a creare quelle istituzioni che riescano per il futuro a sgombrare quelle che sono le velleità o le ineluttabili necessità, perchè le cose condotte avanti forse inconsiamente sono poi più grandi degli uomini. Quindi con la buona volontà di tutti auspico che ci sia questa discussione, che sia preparata magari fuori del Consiglio, che tutti prendiamo parte, che troviamo un minimo comune denominatore per giungere a questo accordo, a questo compromesso. Ritornando alla questione del programma della Giunta, egregio signor Presidente, se il discorso un po' modificato fatto dal cons. Kessler fosse stato fatto da lei era un avvio alla discussione, cioè la Giunta impostava la discussione, non la subiva. So che a voi poco importa, ma c'è un certo rispetto che si deve avere e sentire verso tutto il Consiglio. Non c'è qui la signorina Lorenzi; anch'io ho lamentato la mancanza di un piano, non si può dire che esista un piano perchè la dottoressa Lorenzi va a parlare col dott. Turrini o con l'avv. Bertorelle, va a vedere che cosa impostano per questi quattro anni. Questo non è un piano, sarà un contatto personale, ma non credo debba assolutamente essere estraniato il Consiglio se siamo dei sinceri democratici, perchè da qui devono scaturire le proposte e le osservazioni e non si deve credere che l'opposizione critichi soltanto per spirito di criticare. Non è vero, perchè molte leggi le abbiamo approvate anche noi, perchè dei suggerimenti li abbiamo dati anche noi più di una volta e quindi anche noi cerchiamo il bene. Non ce ne facciamo un monopolio come purtroppo ve ne fate voi, perchè non dimentico le parole dell'allora capogruppo D.C. dott. Dalvit a Bolzano, che diceva « di noi solo è il merito ». No, signori, sca-

turisce da tutti perchè voi vorreste che noi fossimo soltanto collegialmente responsabili quando ci sono degli errori. Non mi pare questo un modo corretto per interpretare quello che è il costume di vivere, il costume democratico. Ritorno sulla questione dell'industrializzazione che è stata un po' il nocciolo dell'intervento del cons. Kessler, intervento che apprezzo, detto con quell'immediatezza che è suo costume. Vedi, caro Kessler, ti accorgerai che purtroppo prendendo come campione un tentativo fallito non si può condannare tutta una politica, che del resto non era di iniziativa della Giunta ma del Comune, tutta una politica di industrializzazione come sollecitata da noi. Perciò non va approvato il continuo differimento di questo problema, che è la tattica costante da 8 anni della Giunta. Se noi ci siamo fatti la convinzione che la D. C. non vuole le industrie non ce la siamo sognata, è una constatazione che dobbiamo fare giorno per giorno, anno per anno, da otto anni a questa parte, e non da questa mattina. Se la città di Rovereto è trattata come è trattata, e bisogna ammettere che è stata trattata male, è perchè c'è un Sindaco che fa un po' di testa propria, perchè tutto si potrà dire dell'on. Veronesi, Sindaco di Rovereto, ma non che non abbia avuto la costante preoccupazione di creare nuovi posti di lavoro: questo non può essere detto da nessuno. Ecco il trattamento della città di Rovereto, perchè probabilmente, non sono certo, perchè non sono a conoscenza di tutto, va contro le deliberazioni del partito della D. C. Quindi non può essere citato il caso di Aia come unico e come campione indiscusso ed assoluto nel senso che tutti gli altri dovrebbero avere la stessa fine nè si può pensare solo al potenziamento dell'industria locale. No, ci sono nuovi prodotti, c'è tutta una nuova tecnica, bisogna cercare di favorire, non dico tutti, perchè sono conscio ed ho fatto parte per 4 anni della commissione presso il comune, quanti falliti e quanti filibustieri ci sono che vengono a fare offerte e bisogna analizzare, non con quattro occhi ma con il microscopio, per cercare di individuare nelle loro più riposte cellule quali sono i loro intendimenti. Ma ciò non vuol dire che deve essere completamente abbandonato questo problema. E' vero che ha fatto qualche cosa la Giunta, chi lo nega? Il Medio credito è stato un

notevole impulso, io che sono membro del consiglio di amministrazione posso testimoniare, sì, perchè ammannire in regione tre miliardi è un notevole apporto all'industria ma bisognerà pensare all'estrema carenza che c'era di capitale; purtroppo, è vero quello che ha detto Kessler, che il risparmio da noi è notevole, ma dov'è? Alla Cassa di Risparmio! Non possiamo certo dire come ho detto altre volte che quei dirigenti abbiano la preoccupazione di promuovere il benessere economico; se ne infischiano solennemente e rimangono seduti sui loro scanni senza preoccupazioni di quello che dovrebbe essere la funzione di una cassa di risparmio, come si fa nelle altre province. Lo stesso « Avisio » anche può essere una forza, ma bisogna rispettare quella che è la lettera e lo spirito della legge e dello Statuto. Ora non so se dando energia alla SIT vengano raggiunte le finalità sancite dai due atti costitutivi e dalla partecipazione della Regione a quella società. Anzi ne dubito. Se si vuol fare una politica industriale la Regione cerchi il modo di sollecitare questo, che è un grande richiamo: offrire senza prezzi di favore ma solo garantendo la costante fornitura dell'energia elettrica. Solo questo può essere un notevole richiamo. Anche nel campo del mercato del denaro, del risparmio, è vero che la nostra gente investe il denaro in buoni postali, in libretti, ecc. della Cassa di risparmio la quale va a investire miliardi nella cessione del 5% dello stipendio degli impiegati; non è che gli impiegati dello Stato o del Trentino abbiano chiesto un miliardo e 600 milioni in industrie cinematografiche, e se prendesse una bella botta mi spiacerebbe perchè sono centinaia di milioni che perde la nostra Regione, ma una lezione starebbe bene! Ora bisogna sollecitare, bisogna cercare di modificare quello che è l'indirizzo psicologico nei confronti del risparmio della nostra gente, ma quando mai c'è stato un mercato di titoli azionari? Quando? Il 90% della nostra popolazione non sa nemmeno che cosa sia un'azione, non lo sa, e sono ottimista facendo questa percentuale. Ora è compito anche dell'Assessore al credito — abbiamo un Assessore al credito — di modificare questa situazione psicologica nostra, di sapere cioè, poichè da qualche anno i buoni fruttiferi postali sono andati dal 5 al 3,5 o al 4,5%, Kessler lo sa-

prà, che ci sono titoli che possono dare di più, ma oltre a questo sapere che questa ricchezza ha una funzione sociale. Ed è qui che vedrei proprio una propaganda educativa in questa direzione. Bisogna creare l'ambiente psicologico per arrivare a delle industrie, purchè ci sia da parte del partito di maggioranza questa volontà di affrontare il problema. Perchè? L'altro giorno il cons. Salvadori si faceva il monopolista delle leggi in favore dell'agricoltura. Non è vero, non è che il nostro gruppo sia contro l'agricoltura, è il modo come vengono spesi questi enormi capitali, sproporzionati alle nostre possibilità. Ora bisogna vedere se è giusto intervenire nel modo come si interviene oppure se è giusto cambiare rotta, e dissi che bisognava cercare di vedere quali erano i risultati e per me i risultati sono costituiti da un aumento del reddito delle aziende, se c'è questo aumento. Perchè, faccio meglio a promuovere un'azione a vasto raggio per l'irrigazione in modo da garantire i prodotti o dare il contributo per la costruzione di una carrareccia? Faccio meglio a dare il contributo per l'acquisto di vaccine altamente qualificate o a creare l'ambiente perchè queste vaccine non diventino tubercolotiche, perchè le nostre stalle sono quelle che sono? Faccio meglio a cercare questi addetti commerciali, questi rappresentanti, questi procacciatori d'affari alla Regione, faccio meglio a spendere i denari là, in modo da garantire il collocamento della agricoltura, cioè spendere milioni in quella direzione, o dare contributi per l'acquisto di carri e macchine? Ecco l'interrogativo che noi abbiamo posto molte volte alla Giunta Regionale. Il centro studi — che è un centro anemico nel numero, perchè non so come facciano gli impiegati a buttar fuori quella immensa mole di lavoro — non è sufficiente per ulteriori indagini, dovrebbe controllare quali sono i risultati di queste leggi. Se cioè vengono raggiunte queste finalità o se non sono raggiunte, o se sono raggiunte parzialmente. Poi individuare quali sono i correttivi da adottare e quindi non è che si sia contro l'agricoltura, ma è certo che la agricoltura non potrà elevare di molto il loro reddito, è certo che lo spopolamento delle campagne l'avremo qualora non creiamo altre fonti di reddito, che per alcune zone fortunate e privilegiate possono essere costituite dall'apporto del tu-

rismo, ma per altre bisogna andare a cercare nell'industria, che non deve essere concentrata solo nella città ma che deve essere sparsa anche nelle vallate. Più di una volta lo dissi e l'Assessore Dalla Rosa mi dava ragione e anche l'Assessore Pedrini. Voléte far star bene i contadini? Un membro per azienda lavori al di fuori del settore dell'agricoltura e porti queste 25 o 30 mila lire al mese; vedrete che anche la agricoltura rifiorirà. E' uno studio che va fatto questo, che va sperimentato. La Regione vivrà anche dopo di noi, speriamo che viva dopo di noi, ma perchè limitatamente, in una zona, non iniziamo uno di questi esperimenti per vedere quali sono i risultati senza partire in grande? rischiamo 20 o 30 milioni! Ma, cari signori, per trovare una strada giusta non vale la pena, in un problema così vasto, non vale la pena di rischiare? Fondi che non sono arrischiati al 99%. Questo è quello che noi diciamo.

Per quello che riguarda l'attrezzatura, bene ha fatto la Regione con le Centrali ortofrutticole. Sono necessità assolute, perchè è ora di levare l'agricoltore dal giogo, dal cappio che tira il commerciante all'ingrosso, che aspetta che le pere vadano a male per dire: ti dò 10 lire al chilo; mentre avendo la propria attrezzatura potrebbe spuntare di più. Quindi solleciterei la Giunta a intensificare questa azione. Così per quanto riguarda la centrale del vino, ma non basta. Direi che bisogna andare più in là. A Trento mancano i magazzini generali, bisogna costruire anche questi.

Non sbricioliamo tutto, perchè credo che si dovrebbe costituire un unico organismo, un'unica direzione, quindi spese generali maggiormente ridotte se si riesce a fare un'unica società. Il Presidente dice di no. Può darsi che abbia ragione, sentirò quello che dirà, certo che se questo Mercato comune vedrà il sole noi ci troveremo in una posizione di estremo interesse per tutti quanti i prodotti che dal nord si incanalano verso la media Europa. E qui non c'è da pensare, specie per i prodotti poveri e medi, ai trasporti con l'aereo perchè le distanze sono troppo brevi, quindi avverranno per

treno, quindi trasporti più lenti. Ma quando il rappresentante, il commerciante di, non so, Dover, telefona « mi occorrono subito due vagoni di mele » deve averle subito, perchè quello è il momento, o di banane, arance, limoni, rapanelli, ecc. Ecco un mezzo per attivare il commercio per i nostri prodotti e quando questa attrezzatura non può lavorare per i nostri prodotti farla lavorare per i prodotti degli altri che è anche una fonte di lavoro. In questo modo suggeriamo alla Giunta lo studio di questo problema e di saperne riferire, perchè i programmi non vanno affrontati così avventatamente ma vanno prima di tutto ponderati, sviscerati e soltanto dopo, e non sempre neanche dopo, sarà possibile arrivare ad una equa e giusta soluzione.

PRESIDENTE: Signori Consiglieri, sono le 17,10, abbiamo detto di lavorare fino alle 17,30, sono ancora iscritti a parlare quattro Consiglieri. Vorrei pregare, tanto per fare come al solito un po' d'ordine nei lavori per domani, quei Consiglieri che vogliono farlo di iscriversi, altrimenti vengano a sollecitare la iscrizione man mano che arriviamo alla fine. Tutti possono parlare; ad ogni modo sarebbe bene ad un certo momento dirlo.

DIETL (S.V.P.): Alle 17,20 parte il treno.

PRESIDENTE: Le iscrizioni sono chiuse, quindi dò la parola alla Giunta Regionale se intende parlare ora o domani.

BRUGGER (S.V.P.): Nardin prima di partire aveva detto che il Consiglio sospendeva adesso, dopo che Paris aveva finito, e diceva che il Presidente lo aveva consentito.

PRESIDENTE: No, era una sua opinione.

BRUGGER (S.V.P.): Pregherei se possibile di sospendere, perchè ci sono parecchi Consiglieri che desidererebbero prendere il treno delle 17,20.

PRESIDENTE: La seduta è sospesa e rinviata a domani alle 9,30.

(Ore 17,15).